NATO Brief

SOMMER/HERBST 2000

Die Stabilisierung des Balkans

Botschafter de Franchis über die Rolle Italiens
Chris Patten über eine Vision der Europäer
General Reinhardt über die Aufgaben des KFOR-Befehlshabers

Y 9001 F

INHALT

3 **Brief des Generalsekretärs**

4 **Die NATO im Blickpunkt**

Sonderbeitrag

6 **Italien auf dem Balkan**
Anlässlich des NATO-Besuchs des italienischen Präsidenten Carlo Azeglio Ciampi erörtert Botschafter Amedeo de Franchis die Balkanpolitik Italiens.

Kroatien

8 **Verlorene Zeit wieder gutmachen**
Ivica Racan beschreibt die politische Revolution, die dieses Jahr in Kroatien stattgefunden hat, und erläutert seine Pläne für die Zukunft.

10 **Die Vorbereitung der kroatischen Streitkräfte**
Kristan J. Wheaton erläutert, wie NATO-Staaten dazu beitrugen, die kroatischen Streitkräfte auf den Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen System vorzubereiten.

Südosteuropa

13 **Eine europäische Vision für die Balkanstaaten**
Chris Patten untersucht die Probleme, mit denen die Europäische Union in Südosteuropa konfrontiert ist, und analysiert die derzeitigen Strategien zu ihrer Bewältigung.

16 **Aufgaben des KFOR-Befehlshabers**
General Klaus Reinhardt erörtert den KFOR-Beitrag zum Friedensprozess im Kosovo und zeigt die in Zukunft zu erwartenden Schwierigkeiten auf.

20 **Durchbruch auf dem Balkan?**
Christopher Bennett erörtert die Aussichten für einen demokratischen Wandel sowie für einen sich selbst tragenden Friedens- und Stabilitätsprozess im ehemaligen Jugoslawien.

23 **Rumänische Betrachtungen**
Radu Bogdan erläutert die Bestrebungen Rumäniens im Hinblick auf einen EU- und NATO-Beitritt und beschreibt das Reformprogramm, das derzeit in seinem Land durchgeführt wird.

26 **Kampfmittelexperten unterstützen Albanien**
Richard Williams beschreibt, wie eine Expertengruppe unter der Leitung der NATO Albanien bei der Sicherung von nicht explodierten Kampfmitteln und Sprengstoffen behilflich ist, denen schon Dutzende von Menschen zum Opfer gefallen sind.

Militärische Angelegenheiten

28 **Militärische Ausbildung für das 21. Jahrhundert**
Chris Donnelly analysiert die Schwierigkeiten, mit denen die Streitkräfte aller europäischen Staaten zu Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert sind, und konzentriert sich dabei auf die Armeen Mittel- und Osteuropas, bei denen Reformen am dringendsten geboten sind.

32 **Die Nutzung militärischer Technologien für multinationale militärische Operationen**
Joseph J. Eash erläutert, wie die Bündnispartner während des Kosovokonflikts von der raschen Integration moderner Technologien in militärische Systeme profitieren konnten.

© NATO

Titelbild: NATO-Generalsekretär Lord Robertson (links), der italienische Präsident Carlo Azeglio Ciampi und Botschafter Amedeo de Franchis (rechts) am 5. Mai 2000 in der NATO-Zentrale.

Online-Dokumentation

NATO-Kommuniqués werden über World Wide Web nahezu unmittelbar nach ihrer Vereinbarung veröffentlicht und sind in allen NATO-Sprachen sowie in Russisch und Ukrainisch verfügbar. Daher werden sie nicht mehr im NATO BRIEF abgedruckt.

Wer NATO-Kommuniqués bisher über den NATO BRIEF erhalten hat und sich diese Informationen nicht über Internet oder andere Quellen besorgen kann, hat weiterhin die Möglichkeit, sie auf dem Postweg zugestellt zu bekommen. Anfragen sind zu richten an die Redaktion des NATO BRIEFs: NATO Office of Information and Press, B-1110 Brüssel, Belgien.

NATO Office of Information and Press
B-1110 Brüssel
Fax: 00 32 27 07 45 79
E-Mail: NATODOC@HQ.NATO.INT

NATO Review und andere NATO-Veröffentlichungen sind auch verfügbar über World Wide Web HTTP://WWW.NATO.INT/

Gesamtherstellung:
SZ Offsetdruck-Verlag
Herbert W. Schallowetz GmbH,
53757 Sankt Augustin

Die Beilage „Atlantischer Kurier“ wird von der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e. V., Am Burgweiher 12, 53123 Bonn, in eigener Verantwortung herausgegeben.
Der NATO BRIEF wird im Auftrag des Generalsekretärs der NATO als Beitrag zu einer konstruktiven Erörterung atlantischer Probleme herausgegeben. Die im NATO BRIEF veröffentlichten Beiträge stellen nicht unbedingt die amtliche Auffassung oder Politik der NATO oder ihrer Mitgliedsregierungen dar.

NATO-VERÖFFENTLICHUNGEN

Der NATO BRIEF erscheint dreimal jährlich auch in: Dänisch - NATO Nyt; Französisch - Revue de l’OTAN; Englisch - NATO Review; Italienisch - Notizie NATO; Niederländisch - NAVO Kroniek; Spanisch - Revista de la OTAN; Tschechisch; Griechisch - Deltio NATO; Norwegisch - NATO Nytt; Polnisch - Przeglad NATO; Portugiesisch - Noticias de OTAN; Türkisch - NATO Dergisi; Ungarisch - NATO Tükör. In isländischer Sprache (NATO Fréttir) erscheint jedes Jahr eine Ausgabe. Von Fall zu Fall werden auch Ausgaben in russischer und ukrainischer Sprache veröffentlicht.

Der Informationsdienst der NATO gibt außerdem Handbücher, Broschüren und Faltblätter zu verschiedenen Themen heraus, darunter:

- **Dokumentation über das Bündnis**
- **wirtschaftliche und wissenschaftliche Publikationen**

Die Publikationen sind vorrätig in den offiziellen NATO-Sprachen Englisch und Französisch, einige auch in deutscher Übersetzung, wie z. B. „Tatsachen und Dokumente“ und „NATO Handbuch“.

Der NATO BRIEF wird zur Information der Öffentlichkeit kostenlos durch das

Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung,
Welckerstraße 11, 53113 Bonn

an Interessenten abgegeben. Der Nachdruck von Beiträgen bedarf der Genehmigung des Herausgebers, der Herkunftsangabe und – bei gezeichneten Artikeln – der Namensnennung des Verfassers.

ISSN 0255-3813

Herausgeber: Direktor des Informations- und Pressedienstes – Layout: NATO Graphics Studio

Die Stabilisierung des Balkans

© NATO

Als Völkergemeinschaft stehen wir auf dem Balkan vor der Aufgabe, ein neues Südosteuropa aufzubauen, in dem jedes einzelne Land Frieden und Demokratie genießt und alle Staaten in den euro-atlantischen Institutionen die ihnen gebührende Rolle spielen. Angesichts der jüngsten Vergangenheit mag dies wirklich als eine äußerst schwierige Aufgabe erscheinen, aber seit meinem Amtsantritt als NATO-Generalsekretär vor fast einem Jahr habe ich schon bedeutende Fortschritte feststellen können. Der Wandel, der sich dieses Jahr in Kroatien vollzogen hat, die stetigen Fortschritte des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina, die Stabilisierung des Kosovos und das erneute internationale Engagement für die Region geben Anlass zu Optimismus.

Wollen wir unser Ziel erreichen, so müssen wir weiterhin die Integration fördern. Die eindeutigste Lehre aus den letzten 50 Jahren der europäischen Geschichte besteht nämlich darin, dass Integration zu Vertrauen, Stabilität und Wohlstand führt. Folglich muss ganz Südosteuropa die Möglichkeit erhalten, den euro-atlantischen Strukturen beizutreten und Teil der europäischen Großfamilie zu werden. Anders gesagt, Integration ist das beste Mittel, um neue Konflikte zu verhindern und Stabilität herbeizuführen. Daher müssen wir gemeinsam mit den Staaten der Region auf umfassende Lösungen der Probleme Südosteuropas hinarbeiten.

Im Rahmen der von der NATO geführten Truppen in Bosnien und im Kosovo arbeiten Soldaten aus Staaten zusammen, die sich während des Kalten Krieges – also vor gerade einmal zehn Jahren – auf einen Krieg gegeneinander vorbereiteten. Heute arbeiten diese ehemaligen Gegner gemeinsam auf die gleichen Ziele hin. Der Beitritt Kroatiens zur Partnerschaft für den Frieden ist hier nur ein weiterer Beweis für den Wandel. Dieser neue Geist der Zusammenarbeit zeigt, dass Fortschritte möglich sind, dass sich ehemalige Feinde versöhnen lassen und dass Freiheit und Demokratie auch in anderen Ländern Wurzeln schlagen können.

Der EU-Stabilitätspakt für Südosteuropa und die Südosteuropa-Initiative der NATO selbst zielen gemeinsam darauf ab, auf dem gesamten Balkan die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum, Demokratie und Sicherheit zu schaffen. Diese Programme stützen sich auf den gleichen Grundgedanken wie der Marshallplan und der Aufbau der NATO in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts; dieses Duo half Westeuropa wieder auf die Beine und trug dazu bei, dass es sich zu einer Zone der Stabilität und des Wohlstands entwickelte.

Es sollte sich jedoch niemand der Illusion hingeben, dass eine Aussöhnung zwischen verschiedenen Volksgruppen oder auch wirtschaftlicher Wohlstand auf dem Balkan über Nacht zu erreichen wären. Wir dürfen nicht vergessen, dass sowohl der Marshallplan als auch der Aufbau der NATO langfristige Projekte waren, die sich erst im Laufe der Zeit als Erfolge erwiesen. Entscheidend ist, dass wir an unserem Kurs festhalten, dass wir in Südosteuropa die Zeit und die Ressourcen investieren, die diese Region verdient, und dass wir ein sicheres Umfeld gewährleisten, damit sich die verschiedenen Friedensprozesse langfristig selbst tragen und die Demokratie Wurzeln schlagen kann. Es wird dann die Aufgabe einer neuen Generation von Staatsmännern der Region sein, ihren jeweiligen Staat zuversichtlich in das 21. Jahrhundert hineinzuführen.

Lord Robertson

Balkanreise des Nordatlantikrats

Der **Nordatlantikrat**, das beschlussfassende Leitungsorgan der NATO mit den **19 NATO-Botschaftern**, Generalsekretär **Lord Robertson** sowie der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Admiral **Guido Venturoni**, unternahmen vom 17.-19. Juli eine Balkanreise, um sich über den Stand der Friedensprozesse im **Kosovo** und in **Bosnien** unterrichten zu lassen.

Der kroatische Präsident **Stipe Mesic** stattete der **NATO** am 17. Juli einen Besuch ab und erörterte mit NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** die politischen Veränderungen, die sich in Kroatien seit seinem Amtsantritt vollzogen haben.

NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** war vom 3.-7. Juli in Zentralasien, wo er mit dem Präsidenten Kasachstans, **Nursultan Nasarbajew**, dem usbekischen Premierminister **Utkir Sultanow** und dem Präsidenten der Kirgisischen Republik, **Askar Akajew**, zusammentraf. Nursultan Nasarbajew hatte der **NATO** am 27. Juni einen Besuch abgestattet.

NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** führte am 29. Juni in **Deutschland** vor dem Hintergrund der Bundeswehrreform mit Bundeskanzler **Gerhard Schröder**, Außenminister **Joschka Fischer** und Verteidigungsminister **Rudolf Scharping** Gespräche über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität.

Neuer spanischer Botschafter

Botschafter **Juan Prat y Coll** wurde am 10. Juli als Nachfolger von Botschafter **Javier Conde de Saro** neuer Ständiger Vertreter Spaniens im Nordatlantikrat. Der neue Botschafter (58, Berufsdiplomat aus Barcelona) war zwischen 1996 und 2000 Botschafter seines Landes in Italien, Albanien, Malta und San Marino. Zuvor war er bei der EU-Kommission als Generaldirektor für auswärtige Beziehungen (1995-96) sowie für Nord-Süd-Beziehungen, Mittelmeerpolitik und Beziehungen zu Lateinamerika und Asien (1990-95) tätig gewesen.

Mutmaßlicher Kriegsverbrecher gefasst

Der mutmaßliche Kriegsverbrecher **Dusko Sikirica** wurde am 25. Juni in Bosnien von **SFOR-Truppen** gefasst und dem **Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag** überstellt. Dusko Sikirica, ehemaliger Kommandant des Gefangenenlagers Keraterm, werden Völkermord, Verletzung des Kriegsrechts sowie schwere Verstöße gegen die Genfer Abkommen zur Last gelegt.

Die **Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten** erörterten auf ihrem zweitägigen Gipfeltreffen am 19. und 20. Juni in **Feira** (Portugal) die Grundsätze für militärische Konsultationen mit der NATO sowie Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der **Beziehungen zwischen der EU und der NATO**.

Im Rahmen der Übung **Cooperative Dragon 2000** trainierten vom 21.6. bis 1.7. in Tirana fünf NATO-Staaten und neun Partnerländer für Friedensoperationen.

Vom 21.-23. Juni besuchte NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** die **Vereinigten Staaten**, wo er mit dem amerikanischen Verteidigungsminister **William Cohen**, dem stellvertretenden Außenminister **Strobe Talbott**, einigen Senatoren und anderen führenden Vertretern des Kongresses zu Gesprächen zusammenkam und an dem diesjährigen Seminar des Obersten Alliierten Befehlshabers Atlantik teilnahm.

Am 16. Juni entdeckten Angehörige der **KFOR-Friedenstruppen** im **Kosovo** ein illegales Waffenlager, dessen Kampfmittel (darunter schwere Maschinengewehre, Mörser, Sprengkapseln, Panzerabwehrraketen, Munition und große Mengen TNT) sie beschlagnahmten.

Zehn NATO-Staaten und sechs Partnerländer nahmen vom 19.6.-1.7. bei Odessa (Ukraine) im Schwarzen Meer an der Übung **Cooperative Partner 2000** teil, die multinationalen Truppen die Zusammenarbeit bei Friedensoperationen erleichtern soll.

Das diesjährige **Manfred-Wörner-Stipendium** im Wert von bfr 800 000 wurde **Alexander Juschtschenko** von der Polytechnischen Universität Charkow (Ukraine) für sein Forschungsprojekt *„Intellectual Modelling of Information Management of Political Mentality Dynamics of Social Ukrainian Strata Towards NATO"* zuerkannt.

Etwa 400 Spezialisten für Rettungseinsätze zur See aus 16 NATO- und Partnerstaaten nahmen vom 7.-12. Juni in Island an der PfP-Übung **Cooperative Safeguard 2000** teil, die sich auf humanitäre Operationen zur See konzentrierte.

Eingeständnis der Verteidigungsminister

Am 8. Juni räumten die **NATO-Verteidigungsminister** auf ihrer Tagung in **Brüssel** ein, dass mehr zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit getan werden müsse, wenn man die 1999 auf dem Washingtoner Gipfel festgelegten Ziele erreichen und für eine künftige Krise von der Art des Kosovo-Konflikts gewappnet sein wolle.

Vom 29.5.-10.6. nahmen in Dänemark und Südnorwegen 16 NATO- und Partnerstaaten an der Übung **Cooperative Banners 2000** teil, die der Ausbildung von See-, Land- und Luftstreitkräften für Friedensoperationen außerhalb des NATO-Gebiets diente.

13 NATO-Staaten beteiligten sich vom 5.-9. Juni sowie vom 13.-16. Juni in Nordfrankreich an der Übung **Clean Hunter 2000**, einer Luftwaffenübung zur Ausbildung auf den Gebieten taktische Luftoperationen sowie Auswertung und Anwendung gemeinsamer Vorschriften und Verfahren.

NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** stattete dem **Kosovo** zum dritten Mal seit seinem Amtsantritt (Oktober 1999) einen Besuch ab, um mit dem Leiter der VN-Übergangsverwaltung **Bernard Kouchner**, militärischen Befehlshabern und Vertretern der kommunalen Ebene zu Gesprächen zusammenzukommen. Zuvor hatte er auf der Tagung der **Nordatlantischen Versammlung** in **Ungarn** eine Rede gehalten und war mit dem ungarischen Premierminister **Viktor Orban** zusammengetroffen (30. Mai).

Der Ständige Ausschuss der **Nordatlantischen Versammlung** erklärte am 29. Mai auf einer Tagung in Budapest, dass er zur Wiederaufnahme des Dialogs mit der **russischen Duma** bereit sei. Die Beziehungen waren wegen der Bombenangriffe der NATO auf Jugoslawien abgebrochen worden.

Vom 20.5.-10.6. richteten Italien, Griechenland und die Türkei die Übung **Dynamic Mix 2000** aus, an der etwa 15 000 Soldaten, 65 Schiffe und 290 Flugzeuge aus 14 NATO-Staaten teilnahmen. Die Ausbildungsmaßnahmen betrafen die Bereiche humanitäre Interventionen, Dislozierung, Verlegung sowie multinationale Land-, See- und Luftoperationen.

Entspannung in Florenz

Der russische Außenminister **Igor Iwanow** nahm am 24. Mai in Florenz zum ersten Mal nach den NATO-Bombenangriffen auf Jugoslawien wieder an einer Sitzung des **Ständigen Gemeinsamen NATO-Russland-Rates** teil.

Nach dem Beitritt zur **Partnerschaft für den Frieden** wurde **Kroatien** am 25. Mai das 46. Mitglied des **Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats**.

Am 22. Mai wurde in der NATO-Zentrale ein **Zentrum zur Problematik der Massenvernichtungswaffen** eröffnet, mit dessen Hilfe die Koordinierung diesbezüglicher Aktivitäten verbessert, der Konsultationsprozess über Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung gestärkt sowie die Fähigkeit des Bündnisses erhöht werden soll, den von Massenvernichtungswaffen ausgehenden Gefahren entgegenzutreten.

Am 17., 18. und 19. Mai besuchte NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** Helsinki, Tallinn und Wilna, wo er mit den Staats- und Regierungschefs sowie den Außen- und Verteidigungsministern **Finnlands, Estlands** und **Litauens** zusammenkam.

Erklärung von Wilna

Die Außenminister der neun Staaten, die der NATO beitreten wollen (**Albanien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien**[1]**, Rumänien, die Slowakische Republik und Slowenien**), verpflichteten sich am 19. März in Wilna in einer gemeinsamen Erklärung, die Mitgliedschaft gemeinsam zu beantragen und vorzubereiten.

Der ukrainische Premierminister **Viktor Juschtschenko** stattete der **NATO** am 22. Mai einen Besuch ab, und der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Admiral **Guido Venturoni**, besuchte vom 17.-19. Mai die **Ukraine**.

Beitrittseinladungen auf dem NATO-Gipfel 2002

Während eines Besuchs in der **Slowakischen Republik** und in **Slowenien** am 10. und 11. Mai erklärte NATO-Generalsekretär **Lord Robertson**, die Einladungen für die nächste NATO-Beitrittsrunde würden auf

(1) Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

dem für 2002 geplanten Bündnisgipfel ausgesprochen.

Vom 14.-27. Mai fand als erste PfP-Übung Frankreichs **Cooperative Lantern 2000** statt; an ihr nahmen etwa 600 Soldaten aus 22 Staaten teil, die in Fréjus (Südfrankreich) in zwei multinationalen Brigaden ihre Zusammenarbeit erprobten.

Russland wieder dabei

Russland beteiligte sich am 9. und 10. Mai zum ersten Mal seit den NATO-Luftangriffen auf Jugoslawien wieder an einer Sitzung der höchsten militärischen NATO-Behörde, des Militärausschusses auf der Ebene der Stabschefs.

Am 9. Mai besuchte der kroatische Premierminister **Ivica Racan** die **NATO** und führte Gespräche über die Beziehungen seines Landes zu Bosnien, die Unterstützung der Friedensvereinbarungen von Dayton, die Rückkehr der Flüchtlinge, die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag und über innenpolitische Reformen.

Italien auf dem Balkan

Am 5. Mai stattete der italienische Präsident **Carlo Azeglio Ciampi** der **NATO** einen Besuch ab, dem am 8. Mai der Gegenbesuch des NATO-Generalsekretärs **Lord Robertson** in Italien folgte; erörtert wurden aktuelle Sicherheitsfragen und der Bei-

trag Italiens zu den Friedensmissionen auf dem Balkan.

Vom 2.-15. Mai fand im Gebiet zwischen Madeira und dem Golf von Biscaya die Übung **Linked Seas 2000** statt, eine teilstreitkraftübergreifende Übung zu friedenserhaltenden Maßnahmen, an der 17 Staaten beteiligt waren. Im Rahmen der Übung wurde die Reaktion auf einen Grenzkonflikt zwischen zwei Nichtmitgliedstaaten der NATO simuliert.

Am 21. April nahmen **SFOR-Soldaten** den mutmaßlichen Kriegsverbrecher **Dragan Nicolic** fest und überstellten ihn dem **Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag**. Dragan Nicolic war Kommandant des Internierungslagers Susica, und ihm werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verletzungen des Kriegsrechts, und schwere Verstöße gegen die Genfer Konventionen zur Last gelegt.

Vom 29.4.-13.5. nahmen in Ungarn mehr als 2000 Soldaten aus elf NATO-Staaten an der diesjährigen Schnellreaktionsübung **Ardent Ground** teil, die für die Eingreifkräfte (Land) des Alliierten Kommandobereichs Europa veranstaltet wurde. Diese Eingreifkräfte – AMF(L) – bilden eine Schnellreaktionstruppe, die innerhalb von 72 Stunden disloziert werden kann.

Am 3. Mai übergab General **Wesley Clark** die Führung des **Obersten Hauptquartiers der Alliierten Mächte in Europa** (SHAPE) seinem Nachfolger, General **Joseph Ralston**, der als Kampfflieger mehr als

2500 Flugstunden (darunter Einsätze über Laos und Nordvietnam) vorweisen kann. General Joseph Ralston ist auch Oberbefehlshaber des amerikanischen Kommandobereichs Europa und war früher als stellvertretender Generalstabschef der zweithöchste Offizier der Vereinigten Staaten.

Das **Euro-Atlantische Koordinierungszentrum für Katastrophenhilfe** hat sich im April an der Koordinierung der internationalen Hilfe für die Opfer der Überschwemmungskatastrophe in **Ungarn** und **Rumänien** beteiligt; es unterstützte Budapest und Bukarest bei der raschen Besorgung von Sandsäcken und Treibstoff.

KFOR unter der Führung des Eurokorps

Das **Eurokorps**, ein europäisches Streitkräftekommando, an dem fünf Staaten beteiligt sind und das von Generalleutnant Juan Ortuño (Spanien) geführt wird, übernahm am 18. April für sechs Monate das KFOR-Kommando. Das Eurokorps tritt an die Stelle von LANDCENT unter der Führung von General Klaus Reinhardt.

Am 13. April besuchte NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** den **Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag**, wo er die Entschlossenheit der NATO bekräftigte, alle noch nicht gefassten mutmaßlichen Kriegsverbrecher festzunehmen. Er kam auch mit dem niederländischen Premierminister **Wim Kok**, Außenminister **Jozias van Aartsen** und Verteidigungsminister **Frank de Grave** zusammen.

NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** besuchte vom 3.-7. April die Vereinigten Staaten, wo er mit dem amerikanischen Vizepräsidenten **Al Gore**, Außenministerin **Madeleine Albright** und führenden Mitgliedern des Senats zusammentraf sowie vor Expertengremien und an verschiedenen Universitäten Vorträge hielt.

Am 3. April nahmen **SFOR-Soldaten** in Bosnien **Momcilo Krajisnik** fest; er hat den höchsten Rang unter den bisher gefassten mutmaßlichen Kriegsverbrechern. Als Vertrauter des Führers der bosnischen Serben, Radovan Karadzic, dem ebenfalls Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden, wurde er vom **Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag** des Völkermords und zahlreicher anderer Kriegsverbrechen angeklagt, darunter Mord, vorsätzliche Tötung, Ausrottung, Verschleppung und unmenschliches Verhalten.

NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** besuchte vom 29.-31. März **Lettland** und **Schweden**.

Am 24. März besuchte NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** anlässlich des ersten Jahrestags des Beginns der NATO-Luftoperationen gegen Jugoslawien das **Kosovo**, wo er mit dem damaligen KFOR-Befehlshaber General **Klaus Reinhardt**, dem Leiter der VN-Übergangsverwaltung, **Bernard Kouchner**, und drei albanischen Mitgliedern des Interimsverwaltungsrats der Provinz zusammenkam.

Am 22. März stattete der estnische Premierminister **Mart Laar** der **NATO** einen Besuch ab und kam mit Generalsekretär Lord Robertson zu Gesprächen über die Beteiligung Estlands am Aktionsplan zur Mitgliedschaft zusammen.

Vom 27.-31. März nahmen zehn NATO-Staaten in Frankreich an der Übung **Ample Train 2000** teil; es handelte sich um eine Logistikübung der Luftstreitkräfte, in deren Rahmen der Grad der Kompatibilität zwischen den Schnellreaktionskräften der beteiligten Staaten festgestellt werden sollte.

Kosovo ein Jahr danach

Ein Jahr nach dem Beginn der NATO-Operation „Allied Force" gegen Jugoslawien hat NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** in einem Bericht mit dem Titel **„Kosovo One Year On: Achievement and Challenge"** seine Ansichten zu den Erfolgen und Aufgaben im Kosovo dargelegt. Er erklärt, die internationale Staatengemeinschaft bekenne sich unverändert zu dem Ziel, Frieden und Stabilität in der Region zu gewährleisten, hebt jedoch die grundlegende Verantwortung der örtlichen Bevölkerung für das friedliche Zusammenleben verschiedener ethnischer Gruppen hervor.

Am 16. und 17. März stattete NATO-Generalsekretär **Lord Robertson Kroatien** und **Ungarn** einen Besuch ab und kam mit den führenden Vertretern dieser beiden Staaten zusammen; anschließend nahm er an einer zweitägigen Arbeitstagung mit Premierministern südosteuropäischer Staaten teil.

Am 20. März erörterte der albanische Premierminister **Ilir Meta** während eines Besuchs bei der **NATO** mit Generalsekretär Lord Robertson die Lage in Montenegro, den Stabilitätspakt für Südosteuropa sowie die Reform des albanischen Verteidigungssektors.

Vom 19.3.-10.4. nahmen im Kosovo strategische Reservestreitkräfte an der Übung **Dynamic Response 2000** teil, mit der ihre Fähigkeit zur raschen Dislozierung, ihre Interoperabilität und ihre Einsatzbereitschaft geprüft sowie die Fähigkeit der NATO zur Verstärkung der KFOR-Truppen unter Beweis gestellt werden sollte.

Italien auf dem Balkan

Anlässlich des Besuches des italienischen Staatspräsidenten Carlo Azeglio Ciampi erörtert Botschafter Amedeo de Franchis die Balkanpolitik Italiens.

Italien zählt zu den Gründungsmitgliedern der NATO und der EU. In den entscheidenden – schwierigen, aber auch spannenden – Jahren zwischen 1950 und 1955 fand in Italien auf allen Ebenen, vom Parlament bis zum Mann auf der Straße, eine lebhafte Debatte über die künftige internationale Rolle des Landes statt. Diese Debatte endete mit der Mitgliedschaft Italiens in den beiden Organisationen, die den Lauf der Geschichte in den folgenden Jahrzehnten und das Antlitz des Alten Kontinents so tiefgreifend verändern sollten; es wurde Mitglied des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft, wie sie damals hieß. Diese beiden Organisationen wurden als Bekenntnis Italiens zur atlantischen Gemeinschaft und zum europäischen Einigungswerk die Ecksteine der italienischen Außenpolitik und sind es bis heute geblieben.

Vor diesem Hintergrund und mit der nachdrücklichen Unterstützung der italienischen Öffentlichkeit sowie der politischen Kreise Italiens hielt der italienische Präsident Carlo Azeglio Ciampi am 5. Mai 2000 eine Ansprache vor dem Nordatlantikrat. Er beschrieb das Atlantische Bündnis des Jahres 2000 als Brücke zwischen der Vergangenheit und der Zukunft und sprach ihm seine Anerkennung dafür aus, dass es schon seit 50 Jahren die Grundwerte der Freiheit und der Demokratie verteidigt habe. Ferner würdigte er im Namen seines Landes die Effizienz, mit der sich die NATO bei gleichzeitiger Festigung des Zusammenhalts unter ihren Mitgliedern den veränderten Bedingungen angepasst und umstrukturiert habe.

Die „neue NATO“, wie sie heute häufig genannt wird, ist als Ergebnis des Washingtoner Gipfeltreffens fähig und bereit, neben ihren traditionellen und unverändert gültigen Aufgaben der kollektiven Verteidigung nun auch im Hinblick auf die Sicherheit des euro-atlantischen Raumes insgesamt eine zentrale Rolle zu übernehmen. Der Balkan ist ein klarer Beweis für das Ziel der NATO, die Sicherheit Europas zu wahren, in Sicherheitsfragen eine zunehmend dynamische Vision zu entwickeln und die Zone des Friedens auf dem Balkan auszudehnen und zu konsolidieren. Die NATO, die dort noch nie zuvor auch nur einen einzigen Soldaten stationiert hatte, griff zuerst in Bosnien und Herzegowina und dann im Kosovo militärisch ein und hat jetzt in dieser Region mehr als 60 000 Mann stationiert. Der Balkan ist daher für das Atlantische Bündnis und seinen künftigen Weg von zentraler Bedeutung.

Botschafter Amedeo de Franchis ist der Ständige Vertreter Italiens bei der NATO.

Italien wiederum spielt auf dem Balkan und im Hinblick auf die von der NATO für diese Region zu entwickelnde Strategie eine entscheidende Rolle; mit jedem Tag wird deutlicher erkennbar, wie sehr sich das Gebiet der potentiellen Gefahr und geographischen Instabilität vom Osten in Richtung auf den Südosten Europas verlagert hat. Die zentrale Bedeutung Italiens ergibt sich sowohl aus seiner geographischen Lage – für Italien ist der Balkan nicht weit weg, sondern eine Realität, die nur wenige Kilometer von der Adriaküste entfernt liegt – sowie aus seiner Geschichte. Aus der geographischen Lage in Verbindung mit der Geschichte und der politischen Ausrichtung Italiens erwächst also die besondere Verantwortung dieses Landes; Italien ist nicht davor zurückgeschreckt, sondern hat eine führende Rolle übernommen und sich zeitweise sogar als das Gewissen des Bündnisses erwiesen, wenn es die Notwendigkeit zu raschem Handeln in der Überzeugung hervorhob, dass der Einsatz auf dem Balkan nicht als Nullsummenspiel, sondern als Investition betrachtet werden sollte, deren Dividenden zur Ausweitung des euro-atlantischen Sicherheitsraums genutzt werden können.

© NATO

Staatsbesuch: NATO-Generalsekretär Lord Robertson (links), der italienische Präsident Carlo Azeglio Ciampi und Botschafter Amedeo de Franchis (rechts) in der NATO-Zentrale.

Der italienische Außenminister Lamberto Dini erklärte am 24. Mai 2000 auf der NATO-Ministertagung in Florenz: „Wir haben aus der Balkankrise gelernt, dass die Sicherheit und Stabilität ganz Südosteuropas mit einem integrierten regionalen Ansatz verfolgt werden muss. Italien hat sich schon immer zu einer derartigen Strategie der regionalen Interdependenz bekannt.“ Aus diesem Grund zögerte Italien im Frühjahr und Sommer 1997 nicht, die Operation Alba zu organisieren und auch deren Leitung zu übernehmen. An dieser Operation waren u.a. Streitkräfte aus Dänemark, Frankreich, Griechenland, Rumänien, Spanien und der Türkei (insgesamt 7 000 Mann, darunter mehr als 3 000 Italiener)

beteiligt. Im Einklang mit den Vorstellungen der OSZE und der Vereinten Nationen sollte die Operation Alba vor allem die Verteilung humanitärer Hilfsgüter ermöglichen, aber sie wurde auch mit dem Ziel konzipiert und durchgeführt, einen Bürgerkrieg zu verhindern und den Albanern die Chance zu geben, ihre politische Krise in den Griff zu bekommen. Man sollte hier zudem nicht vergessen, dass Italien parallel zur Operation Alba weiterhin Tausende von Soldaten im Rahmen der IFOR- und der SFOR-Mission in Bosnien dislozierte.

Die Entstehungsgeschichte und der weitere Verlauf der Kosovo-Krise sind uns allen noch präsent, so dass ich nicht auf die einzelnen Phasen einzugehen brauche. Hier sei nur gesagt, dass Italien auch unter jenen Umständen – in einer Situation eklatanter Verletzungen der grundlegendsten Rechte und Werte des Menschen durch eine Politik der ethnischen Säuberung – die Natur und die ganze Tragweite des Problems klar erkannte bzw. voraussah. Italien schuf durch die Bereitstellung von Flug- und Seehäfen nicht nur das gesamte strategische und logistische Fundament für den Erfolg der militärischen Operationen, sondern beteiligte sich auch mit seinen eigenen Mitteln. Darüber hinaus war Italien von Anfang an in der KFOR vertreten, für die es eines der größten Kontingente zur Verfügung stellt. Als Reaktion auf die Krise in Mitrovica hat Italien zudem zusätzliches Personal entsandt, so dass es über einen beträchtlichen Zeitraum hinweg den größten militärischen Beitrag zur Kosovo-Mission leistete. Derzeit sind im Rahmen der KFOR insgesamt 7 500 Italiener im Einsatz, darunter auch das Kontingent in Albanien, wo Italien praktisch ganz allein die NATO-Präsenz sicherstellt. Ferner gewährleistet das italienische Kontingent den Betrieb des Flughafens Djadovica sowie den Bahnverkehr zwischen Pristina und Skopje. Diese Hilfsmaßnahmen werden noch durch zahlreiche Aktivitäten nichtstaatlicher italienischer Organisationen ergänzt.

Das militärische Kontingent Italiens im westlichen Sektor des Kosovos (um Pec), das auch von Italien geführt wird, ist von besonderer Bedeutung und wird von der örtlichen Bevölkerung sowie von den Minderheitengruppen sehr geschätzt, da es sowohl zur Gewährleistung eines funktionierenden Alltags beiträgt als auch den verschiedenen Glaubensgemeinschaften die Befolgung ihrer religiösen Bräuche ermöglicht und historische Denkmäler schützt. Hier ist darauf hinzuweisen, dass dieser Beitrag nicht nur militärischer Art ist, sondern auch den zivilen Sektor berührt. Wie der italienische Außenminister Lamberto Dini in Florenz sagte: „Im Kosovo… kommt es zuallererst darauf an, für alle Bürger eine Zone der Sicherheit zu schaffen, die Entwicklung einer zivilen Gesellschaft zu fördern und die führenden Politiker dazu zu drängen, schrittweise die Werte der Freiheit und der Demokratie zu übernehmen."

Auch im Kosovo orientiert sich das Vorgehen Italiens an den beiden Leitsternen seiner Außenpolitik, NATO und EU. Italien ist nämlich der Ansicht, dass man auf dem Balkan sowohl die Sicherheitsdimension – unter der Ägide der NATO – gewährleisten muss als auch den wirtschaftlichen, finanziellen und gesellschaftlich-zivilen Wiederaufbau sicherzustellen hat, für den die EU die Hauptverantwortung trägt. Dieser Ansatz verstärkt das System der „ineinander greifenden Institutionen" und schafft die Grundlage für die weitere Arbeit an der künftigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsdimension. Es zählt schließlich zu den Lehren der Kosovo-Krise, dass sich Europa allen auftretenden Sicherheitsgefahren stellen muss. In dieser Hinsicht haben wir, auch wenn wir von der angestrebten militärischen Krisenbewältigungsfähigkeit der Europäer zur Durchführung von Missionen unter Verwendung von NATO-Mitteln und -fähigkeiten noch ein gutes Stück entfernt sind, unseren künftigen Kurs schon abgesteckt (zuletzt auf der EU-Ratstagung in Feira).

Italien ist nicht nur im Kosovo einer der wichtigsten Truppensteller, sondern zählt auch (an dritter Stelle) zu den Staaten, die sich weltweit an Friedensoperationen unter der Ägide der Vereinten Nationen beteiligen. Zudem liegt Italien bei den finanziellen Beiträgen unter den VN-Mitgliedstaaten an fünfter Stelle. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, kommentierte das Engagement Italiens auf dem Balkan und in Osttimor folgendermaßen: „Italien ist das ideale Mitglied der Vereinten Nationen." Als im Juni 1999 in Rom eine Militärparade abgehalten wurde, nahmen an ihr auch Einheiten verschiedener VN-Friedensmissionen teil, an denen Italien beteiligt ist. Um nur einige wenige zu nennen: Albatross in Mosambik, Pellicano in Albanien, Interfet in Osttimor, die verschiedenen Karabinieri-Missionen in El Salvador, Kambodscha, Somalia, Hebron, Bosnien, Albanien und Guatemala sowie Vertreter der unter der Führung der NATO auf dem Balkan eingesetzten italienischen Truppen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass der Balkan aus italienischer Sicht keinesfalls einem unentrinnbaren Schicksal entgegengeht. Dort gibt es sowohl Risiken als auch Chancen, und sogar diese leidgeprüfte Region macht sich allmählich ein dynamisches Geschichtsverständnis zu eigen und erkennt, dass sie nicht nur eine Vergangenheit, sondern auch das Recht auf eine Zukunft hat und dass sie ihren Ruf als Pulverfass Europas abschütteln kann, um sich zu einem europäischen Schmuckkästchen zu entwickeln. In diesem Sinne halten wir auch die in Zagreb erkennbaren Anzeichen des Wandels und der Offenheit sowie die Verbesserung der Lage in Sarajewo für ermutigend. Wir hoffen, dass solche Entwicklungen auch in Serbien zur Demokratisierung beitragen werden, damit es – was Italien nachdrücklich begrüßen würde – auf der euro-atlantischen Bühne den ihm gebührenden Platz einnehmen kann. Die gesamte Region einschließlich Serbiens muss jedoch zunächst einmal ihrem Pessimismus abschwören, der Edmund Stillman einst zu der Aussage veranlasste: „Der Balkan ist das genaue Gegenteil des unbeschwerten Optimismus. Er lehrt uns, dass alles ein Ende hat, alles zerstört wird und alles auseinander fällt."

Italien und die NATO betrachten den gesellschaftlich-zivilen und den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Balkans sowie die Konsolidierung von Demokratie und Toleranz in dieser Region als zivilisatorisches Engagement. Wie der italienische Präsident Carlo Azeglio Ciampi am 5. Mai vor dem Nordatlantikrat erklärte, gibt es dafür, dass die NATO als einzige bedeutende militärische Allianz das Ende der zu ihrer Gründung führenden Umstände überlebt hat, „einen tieferen Grund, der den innersten Kern der westlichen Werte berührt." Dank der gemeinsamen strategischen Interessen, Werte und Zielvorstellungen, an denen sich die europäische und die amerikanische Kultur orientieren und die zusammen die euro-amerikanische Zivilisation ausmachen, können wir also zuversichtlich den Aufgaben entgegengehen, die nun zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf die NATO warten. ■

Verlorene Zeit wieder gutmachen

Ivica Racan beschreibt die politische Revolution, die dieses Jahr in Kroatien stattgefunden hat, und erläutert seine Pläne für die Zukunft.

Der Übergang von einem autoritären System zu einer Demokratie ist in jedem Land mit Gefahren verbunden. Dieser Prozess kann jedoch durch internationale Hilfe erleichtert werden. Deshalb ist die Mitgliedschaft in der Partnerschaft für den Frieden für Kroatien so wichtig, und deshalb ist mein Land bestrebt, sowohl der NATO als auch der Europäischen Union beizutreten.

Seit meine Regierung im Januar dieses Jahres an die Macht kam, hat sie einen ganz anderen Kurs eingeschlagen als ihr Vorgänger. Da wir ein breit angelegtes Reformprogramm eingeleitet haben, werden die nächsten Jahre wahrscheinlich schwierig sein. In vielerlei Hinsicht beschreitet Kroatien nun den gleichen Weg, der vor 25 Jahren von Spanien und Portugal eingeschlagen wurde. Heute sind diese beiden Staaten wirtschaftlich starke Demokratien, aktive Mitglieder sowohl der NATO als auch der EU sowie Vorbild und Ansporn für uns. Wir wollen es ihnen gleichtun, uns aktiv an der PfP beteiligen und einen Beitrag zur Suche nach dauerhaften Lösungen für Südosteuropa und die angrenzenden Regionen leisten.

Unter der Herrschaft des früheren Präsidenten Franjo Tudjman befand sich Kroatien sowohl mit seinen Nachbarn als auch mit der internationalen Staatengemeinschaft insgesamt auf Kollisionskurs. Die wichtigsten Streitpunkte waren die Politik gegenüber Bosnien und Herzegowina (Bosnien), die Beziehungen zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag (Gerichtshof) und die Haltung gegenüber der Rückkehr serbischer Flüchtlinge nach Kroatien. Diese Fragen sind nun nicht mehr strittig.

Während sich bestimmte Personen in der ehemaligen Regierungspartei und Franjo Tudjman selbst zweifellos Teile Bosniens einverleiben wollten, achtet meine Regierung die Souveränität und territoriale Unversehrtheit dieses Nachbarn. Meine Kollegen und ich haben die Politik Franjo Tudjmans gegenüber Bosnien sogar sowohl während des Bosnienkrieges als auch danach nachdrücklich kritisiert, da unserer Meinung nach ein funktionsfähiger und erfolgreicher bosnischer Staat im nationalen Interesse Kroatiens war und auch heute noch ist. Daher bekennen wir uns zum Friedensprozess von Dayton und wollen zum Wiederaufbau eines Bosnien beitragen, das allen seinen Volksgruppen eine Heimat bieten kann.

© NATO

Ivica Racan ist der jetzige Premierminister Kroatiens.

Seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte haben wir Soldaten der kroatischen Streitkräfte nicht mehr direkt dem Kroatischen Verteidigungsrat (dem bosnisch-kroatischen Bestandteil der Streitkräfte Bosniens) zugeordnet. Wir haben auch die direkten Kommunikations- und Führungsverbindungen zwischen den beiden Armeen unterbrochen. Zudem sind die Finanzströme zwischen Kroatien und dem bosnischen Verteidigungsministerium transparent geworden, nachdem wir im Mai mit Bosnien eine Vereinbarung über finanzielle Hilfe unterzeichnet hatten.

Kroatien lässt die bosnischen Kroaten aber keineswegs im Stich. Es sucht lediglich nach dauerhaften, langfristigen Lösungen, auf deren Grundlage sich ihre legitimen Interessen mit denen eines funktionsfähigen bosnischen Staates sowie den Interessen der serbischen und bosniakischen Bevölkerung des Landes vereinbaren lassen. Kroatien wird bosnischen Kroaten weiterhin militärische Pensionen und Invalidenrenten zahlen, aber diese Zahlungen sollen in Zukunft entweder über die zuständigen bosnischen Institutionen geleistet werden oder den Empfängern auf eine möglichst transparente Weise direkt zukommen. Wir werden uns nicht mehr auf irgendwelche zweifelhaften Parallelstrukturen verlassen.

Der Regierungswechsel in Zagreb und die Abkehr von der Bosnienpolitik Franjo Tudjmans hat sich in den jüngsten bosnischen Kommunalwahlen durch Gewinne für multiethnische Parteien bereits positiv bemerkbar gemacht. Obwohl die Nationalisten nach wie vor stark sind, nimmt die Zahl ihrer Anhänger immer mehr ab. Dies erweist sich hoffentlich als ein unumkehrbarer Trend, so dass im Laufe der Zeit Bosnier aller ethnischen Gruppen dem kroatischen Beispiel folgen und den Nationalismus, der in den letzten zehn Jahren alles überschattet hat, für bankrott erklären werden.

Der Wiederaufbau der bosnischen Gesellschaft ist allerdings nicht ohne Aussöhnungsmaßnahmen möglich. Hier kommt dem Gerichtshof eine zentrale Bedeutung zu. Denn Schuld ist persönliche und nicht kollektive Schuld. Nur wenn sich die Zuständigen für die Auswüchse der Jugoslawienkriege vor Gericht verantworten müssen, kann der Heilungsprozess erst richtig beginnen.

Verbrechen wurden von allen Seiten begangen, auch von Kroaten. Um dem Gerichtshof zu helfen, hat sich meine Regierung daher ein weiteres Mal von der Politik des früheren Re-

gimes distanziert und beabsichtigt nun, dem Gerichtshof die Angeklagten zu überstellen, alle einschlägigen Dokumente zur Verfügung zu stellen und die Ermittlungen im kroatischen Hoheitsgebiet zu unterstützen. Im März wurde der angeklagte bosnische Kroate Mladan „Tuta“ Naletilic nach Den Haag ausgeliefert. Im April billigte das Unterhaus des kroatischen Parlaments eine Erklärung zur Zusammenarbeit mit dem Gerichtshof. Seither unterstützt Kroatien die Ermittlungen einer Gruppe von Gerichtsmedizinern aus Den Haag.

Ein Grund für die energische Unterstützung des Gerichtshofs durch Kroatien besteht in dem Wunsch sicherzustellen, dass in einer Gerichtsverhandlung sowohl den Anklagevertretern als auch der Verteidigung das gesamte Beweismaterial vorliegt, so dass der Angeklagte ein faires Verfahren bekommt. Nur auf diese Weise wird Gerechtigkeit durchsetzbar und auch sichtbar. Da die frühere Regierung Kroatiens eine Zusammenarbeit mit dem Gerichtshof ablehnte und keinerlei Dokumente übermittelte, ist es möglich, dass der Gerichtshof in manchen Fällen, insbesondere im Fall der gegen den bosnischen Kroaten General Tihomir Blaskic verhängten Haftstrafe von 45 Jahren, nicht über die für eine richtige Entscheidung erforderlichen Informationen verfügte.

Der Gerichtshof hat zwar dazu beigetragen, die Rahmenbedingungen für eine Aussöhnung zu schaffen, aber er ist nach wie vor weit von seinen eigentlichen Nutznießern, den verschiedenen Volksgruppen des ehemaligen Jugoslawien entfernt. Letztlich ist die Aussöhnung unsere eigene Aufgabe, und der Heilungsprozess muss in dieser Region selbst stattfinden. Daher hoffen wir, dass Verfahren gegen Kriegsverbrecher in Zukunft in Kroatien oder auch anderenorts im ehemaligen Jugoslawien stattfinden können.

Die Aussöhnung wird nur und erst dann möglich sein, wenn die Vertriebenen des Krieges in ihre Häuser zurückkehren können. Für meine Regierung hat die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen daher Priorität. Wir haben bereits mit der Republika Srpska, d.h. dem Teil Bosniens mit einer Mehrheit serbischer Bosnier, eine gemeinsame Erklärung zur Rückkehr von Flüchtlingen verabschiedet und hoffen, auf diese Weise den Rückkehrprozess in der gesamten Region zügig in Gang zu bringen. Zugleich haben wir gemeinsam mit dem Amt der Hohen Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen (UNHCR) ein Projekt für die Rückkehr von 16 500 Vertriebenen nach Kroatien erarbeitet. Da im März auf der regionalen Finanzkonferenz des Stabilitätspaktes die nötigen Mittel zugesagt wurden, können wir nun die Durchführung des Projekts in Angriff nehmen.

Meine Regierung wird niemals auf Gegenseitigkeit bestehen – also eine gleich große Anzahl von kroatischen Rückkehrern wie von anderen ethnischen Gruppen verlangen –, und sie wird zurückkehrende Serben auch nie wissentlich diskriminieren. Ein kroatischer Bürger ist ungeachtet seiner bzw. ihrer ethnischen Herkunft ein kroatischer Bürger und genießt uneingeschränkten Rechtsschutz und Gleichberechtigung. Deshalb haben wir damit begonnen, alle diskriminierenden Gesetze auf der Grundlage der Unverletzlichkeit des Privateigentums und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz zu revidieren.

Der Krieg in Kroatien ist noch nicht lange beendet und weckt bittere Erinnerungen. Gleichzeitig befindet sich unsere Wirtschaft in einer Krise, die Arbeitslosigkeit ist hoch, und staatlichen Ausgaben sind sehr enge Grenzen gesetzt. Folglich sind wohl manche Kroaten dagegen, dass zurückkehrenden Serben finanzielle Unterstützung gewährt wird. Deswegen werden wir unsere Politik jedoch nicht ändern. Schon im Juni verabschiedeten wir Gesetze, die Serben gleichberechtigten Zugang zu Wiederaufbaumitteln gewähren, und unsere Gerichte haben bereits einige Kroaten bestraft, die serbische Denkmäler geschändet haben.

Die Unterstützung der Rückkehr von Serben nach Kroatien wird hoffentlich dazu beitragen, unsere Beziehungen zu unseren Nachbarn einschließlich der Bundesrepublik Jugoslawien zu verbessern. Eine echte Normalisierung der Beziehungen wird jedoch so lange ausgeschlossen sein, wie der jugoslawische Staatspräsident Slobodan Milosevic an der Macht bleibt und weiterhin diejenigen Haltungen und Ansichten vorherrschen, mit denen er und seine Anhänger die Bevölkerung indoktrinieren. Die Probleme Serbiens gehen weit über Slobodan Milosevic hinaus, und wenn die serbische Gesellschaft ihre jüngste Vergangenheit nicht bewältigen kann, wird sie weiterhin international geächtet sein, und zudem werden sich Frieden und Stabilität wahrscheinlich sowohl im Kosovo als auch in Südosteuropa insgesamt als unerreichbare Ziele erweisen.

Die Bemühungen um die Reform der kroatischen Gesellschaft sind Teil der Bestrebungen zur Einbindung Kroatiens in Westeuropa.

Spricht man vom Aufbau eines neuen Jugoslawien und von einer Wiedervereinigung Kroatiens, Serbiens und Bosniens, so ist dies einfach naiv. Trotzdem könnten die verschiedenen Staaten der Region zusammenarbeiten. Dies wollen wir im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa, den wir zugleich als Weg zur EU-Mitgliedschaft betrachten, auch beweisen.

Neben dem Beitritt zur Partnerschaft für den Frieden ist Kroatien dieses Jahr auch assoziiertes Mitglied der Nordatlantischen Versammlung der NATO geworden und hat 16 bilaterale Vereinbarungen über militärische Zusammenarbeit geschlossen, acht davon mit NATO-Staaten. Diese neuen Kontakte dürften uns ermöglichen, bei der Suche nach geeigneten Lösungen mit unseren Partnern zusammenzuarbeiten, und uns auch bei der Reform und Umstrukturierung unserer Streitkräfte helfen.

Die Einführung demokratischer Kontrollverfahren für die Streitkräfte und die Reform des Verteidigungssektors sind ineinander greifende Maßnahmen und müssen daher gemeinsam in Angriff genommen werden. Derzeit werden zur Ausweitung der parlamentarischen Aufsichtsbefugnisse gegenüber dem Militär neue Gesetze erarbeitet, ein Korps ziviler Verteidigungsexperten wird zusammengestellt, und zudem werden Verteidigungsstandards und -verfahren eingeführt, die zu mehr Transparenz führen sollen.

Die Bemühungen um die Reform der kroatischen Gesellschaft sind Teil der Bestrebungen zur Einbindung Kroatiens in Westeuropa. Infolge des Krieges und der späteren Misswirtschaft ist Kroatien in der Tabelle der Kandidaten sowohl für einen NATO- als auch für einen EU-Beitritt nun recht weit unten gelandet. Jetzt machen wir die verlorene Zeit jedoch wieder gut und hoffen, es Spanien und Portugal gleichtun zu können. Was für Kroatien gut ist, ist ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft gut für alle Bürger Kroatiens, gut für Südosteuropa und für die euroatlantische Staatengemeinschaft insgesamt. ■

Die Vorbereitung der kroatischen Streitkräfte

Kristan J. Wheaton erläutert, wie NATO-Staaten dazu beitrugen, die kroatischen Streitkräfte auf den Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen System vorzubereiten.

© Reuters

Lektionen in Demokratie: Die kroatischen Streitkräfte haben sich durch ihren Verzicht auf Eingriffe in die Politik als gute Demokraten erwiesen.

Als sich die Wähler Kroatiens gegen die Partei aussprachen, die Kroatien in die Unabhängigkeit geführt hatte und zehn Jahre an der Macht gewesen war, taten die kroatischen Streitkräfte etwas Bemerkenswertes, nämlich gar nichts. Trotz Putschforderungen einiger Rechtsextremisten weigerte sich das kroatische Militär, sich in die Politik einzumischen, und trug somit zu einem reibungslosen Regierungswechsel bei.

Ein derartiges Verhalten wird zwar in westlichen Demokratien erwartet, ist aber in Staaten, die sich von einem autoritären System lösen wollen, keineswegs an der Tagesordnung. In der Regel trifft sogar genau das Gegenteil zu. Im Allgemeinen zählt eine Einigung mit dem Militär zu den wesentlichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Übergang zur Demokratie, wodurch der Respekt der kroatischen Streitkräfte gegenüber dem politischen Entscheidungsprozess eigentlich noch bemerkenswerter wird. Diese Glanzleistung war jedoch kein Zufall. Die NATO-Staaten und Kroatien selbst haben in den letzten fünf Jahren nämlich beträchtliche Mittel auf die Professionalisierung der kroatischen Streitkräfte verwendet.

1995 unterstützte das kroatische Militär in seiner großen Mehrheit nachdrücklich den damaligen Präsidenten Franjo Tudjman und seine autoritäre Partei, die Kroatische Demokratische Union (Hrvatska demokratska zajednica – HDZ). Aus der Sicht des Durchschnittssoldaten gab es dafür auch gute Gründe. Durch die nahezu vollständige Kontrolle der Medien hatte die HDZ es nämlich geschafft, die Mehrheit der Streitkräfte, ja sogar einen Großteil der kroatischen Bevölkerung, davon zu überzeugen, dass die HDZ und nur die HDZ das Land richtig regieren und dessen Interessen wirksam im Ausland vertreten könne. Damals war es beinahe unvorstellbar, dass sich die HDZ im Fall einer Krise nicht auf die Unterstützung der kroatischen Streitkräfte verlassen können würde.

Ende 1999 hatte sich die Lage grundlegend geändert. Der sinkende Lebensstandard und eine Reihe von Wirtschaftsskandalen, in die führende Persönlichkeiten der Regierungspartei verwickelt waren, zerstörten in zunehmendem Maße alle Illusionen bezüglich der abgeschmackten HDZ-Politik des Nationalismus und der internationalen Isolation. Nach dem Tod Franjo Tudjmans im Dezember 1999 ging die Unterstützung für die HDZ deutlich zurück. Ihr Anteil an den Parlamentssitzen bei den Wahlen im Januar und Februar 2000 fiel von 59% auf gerade einmal 29%. Zudem akzeptierten die Streitkräfte das Wahlergebnis und begannen, mit dem neuen, demokratisch gewähl-

Kristan J. Wheaton arbeitet als Auslandsoffizier des Heeres der Vereinigten Staaten derzeit an der amerikanischen Botschaft in Zagreb. Die im vorstehenden Beitrag dargelegten Ansichten bringen jedoch seine persönliche Meinung und nicht die offizielle Position eines Ministeriums oder Amtes der amerikanischen Regierung zum Ausdruck.

ten Präsidenten, Stipe Mesic, sowie mit der Regierung des neuen Premierministers, Ivica Racan, zusammenzuarbeiten.

Ende 1995 organisierten die Vereinigten Staaten als erstes NATO-Mitglied militärische Kooperationsprogramme für kroatische Soldaten, und sie leisten nach wie vor den größten Einzelbeitrag zur Finanzierung der sogenannten „Einbindungsaktivitäten“. Diese Programme sollen die regionale Stabilisierung und Demokratisierung fördern und im Hinblick auf das ehemalige Jugoslawien „die Bemühungen der Vereinigten Staaten um langfristige Fortschritte des Dayton-Prozesses unterstützen“ sowie „militärische Institutionen aufbauen, die einer demokratischen zivilen Kontrolle gerecht werden.“ 1998 formulierte der amerikanische Botschafter in Kroatien, William Montgomery, einen „Fahrplan zur Partnerschaft für den Frieden“, durch den die Ziele der in Kroatien selbst durchzuführenden amerikanischen Programme eindeutiger abgegrenzt wurden. Ferner übertrug er dem Militärattaché der Vereinigten Staaten die Verantwortung dafür, die amerikanischen Maßnahmen zeitlich aufeinander abzustimmen. Dieser Schritt schützte aufgrund konstruktiver Arbeitsbeziehungen zu führenden Vertretern Kroatiens die genannten Programme und verstärkte zudem durch eine sorgfältige Koordinierung deren Wirkung.

Die direkten Unterstützungsmittel der Vereinigten Staaten für die militärische Ausbildung kroatischer Streitkräfte stiegen von $ 65 000 (1995) auf $ 500 000 (2000) an. Diese Gelder wurden Kroatien über den vom Kongress gebilligten Fonds für internationale militärische Aus- und Fortbildung zur Verfügung gestellt. In diesem Zeitraum bildeten die Vereinigten Staaten im eigenen Land fast 200 zivile und militärische Bedienstete Kroatiens aus und schulten mehrere Hundert weitere Kroaten im Rahmen ein- und zweiwöchiger Seminare, die in Kroatien veranstaltet wurden. Aus Fondsmitteln wurde auch die Einrichtung von drei Sprachlaboren finanziert, so dass die militärische Fremdsprachenakademie Kroatiens nun jährlich nahezu 150 Absolventen vorzuweisen hat, die fließend Englisch sprechen. Die Gesamtkosten dieses 1995 eingeleiteten Fondsprogramms für Kroatien belaufen sich inzwischen auf etwa $ 2 Mill. Das amerikanische Amt für Sicherheitszusammenarbeit hat zudem gemeinsam mit dem amerikanischen Kommandobereich Europa zwei Vollzeitstellen finanziert, mit denen die kroatischen Streitkräfte seit 1997 bei der Planung und Durchführung der durch den Fonds finanzierten Ausbildungsaktivitäten unterstützt werden.

Neben der Unterstützung der Fondsaktivitäten gewährte der amerikanische Kommandobereich Europa finanzielle Mittel für eine vierköpfige militärische Verbindungsgruppe, die in Kroatien im Rahmen des gemeinsamen Kontaktgruppenprogramms (Joint Contact Team Programme – JCTP) eingerichtet wurde. Die Gruppe nahm 1996 ihre Arbeit auf und hat bisher annähernd 300 Veranstaltungen organisiert, auf denen die amerikanischen Streitkräfte als gutes Beispiel für eine zuverlässige Armee unter einer wirksamen zivilen Kontrolle dargestellt werden. Zwischen JCTP-Veranstaltungen und durch den Fonds finanzierten Ausbildungsaktivitäten sind deutliche Unterschiede festzustellen. Im JCTP-Rahmen dürfen keine Ausbildungsmaßnahmen getroffen werden, und dieses Programm muss sich daher auf Informations- und Orientierungsveranstaltungen beschränken. Von den Teilnehmern wird kein fließendes Englisch verlangt, und die Veranstaltungen dauern in der Regel weniger als eine Woche (im Gegensatz zu den vom Fonds finanzierten Lehrgängen, die normalerweise mehrere Monate dauern). Trotzdem spielten die JCTP-Veranstaltungen eine wichtige Rolle, indem sie zahlreiche kroatische Militärs mit demokratischen Normen und Erwartungen vertraut machten.

Gemeinsam mit Deutschland unterstützten die Vereinigten Staaten auch das Marshall-Center in Garmisch-Partenkirchen. Es soll auf höherer Ebene im Sicherheits- und Verteidigungsbereich ein Ausbildungsangebot für in der Außen- und Sicherheitspolitik tätige Bedienstete bieten. Kroatien hat seit 1995 mehr als 40 Mitarbeiter seines Verteidigungsministeriums und des Generalstabs zur Ausbildung in das Marshall-Center entsandt. Die Vereinigten Staaten haben allein in den Jahren 1999 und 2000 fast $ 350 000 für diese Maßnahme bereitgestellt.

Neben dem Marshall-Center bietet Deutschland kroatischen Offizieren seit 1999 eine Ausbildung in Einrichtungen der Bundeswehr an. Seither sind 23 Offiziere in Bundeswehreinrichtungen ausgebildet worden, und 30 weitere haben an Informations- oder Orientierungsveranstaltungen teilgenommen. Diese Lehrgänge konzentrieren sich in der Regel auf eine qualifizierte militärische Ausbildung (einschließlich Kursen auf Bataillons- und Kompanieebene) und umfassen auch Unterrichtseinheiten an der Führungsakademie der Bundeswehr sowie Ausbildungsangebote für kroatisches Sanitätspersonal. Deutschland hat den an seinen Lehrgängen teilnehmenden kroatischen Offizieren auch Sprachunterricht ermöglicht. Zwischen kroatischen und deutschen Offizieren wurden jährlich auf allen Ebenen Stabsgespräche geführt, und Deutschland führte zudem mit Kroatien einige Übungen im Bereich der Rüstungskontrolle durch. Insgesamt belaufen sich die aus dem deutschen Verteidigungsetat für Kroatien bereitgestellten Hilfsgelder auf ca. $ 2 Mill.

> In dem Maße, wie eine bestimmte kritische Anzahl ausgebildeter Offiziere (Offiziere und Unteroffiziere) allmählich von den Auslandslehrgängen zurückkehrte, stellten NATO-Offiziere immer häufiger Gemeinsamkeiten mit ihren kroatischen Kollegen fest.

Das Vereinigte Königreich hat ebenfalls die kroatischen Streitkräfte unterstützt. Seit es 1997 die Zusammenarbeit mit dem kroatischen Militär auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle (insbesondere im Zusammenhang mit den Vereinbarungen von Dayton) einleitete, sind schon mehr als 40 Kroaten zu Englischkursen in das Vereinigte Königreich entsandt worden. Darüber hinaus hat Großbritannien Seminare zu einem breiten Spektrum von Themen unterstützt, darunter die Rüstungskontrollbestimmungen von Dayton, Fragen des Wehrrechts sowie das Thema Militär und Medien.

Auch Frankreich hat bedeutende Ausbildungsmaßnahmen angeboten. Seit 1998 eine bilaterale Kooperationsvereinbarung unterzeichnet wurde, führen die Franzosen ein Programm durch, das 31 Offizieren einen Abschluss an Schulen wie der Französischen Militärakademie ermöglicht hat (14 Absolventen 1998 und 17 Absolventen 1999). Laut Angaben der französi-

schen Botschaft in Zagreb sind für dieses Jahr nicht weniger als 20 weitere Ausbildungsveranstaltungen geplant. Die französischen Streitkräfte haben auch Sprachkurse angeboten.

Im Einklang mit früheren Vereinbarungen zwischen der Türkei und Kroatien haben seit 1999 12 kroatische Offiziere türkische Ausbildungseinrichtungen besucht. Angaben der türkischen Botschaft in Zagreb zufolge nahmen alle Offiziere an einem einjährigen Türkischkurs teil, bevor sie eine qualifizierte militärische Ausbildung erhielten (z.B. an der Militärakademie der türkischen Streitkräfte) oder Lehrgänge für Offiziere belegten, die als Kommandeure von Kompanien und Bataillonen vorgesehen sind. Neben der Nutzung von Ausbildungsangeboten in der Türkei konnte Kroatien 1999 auch zu drei Übungen Beobachter entsenden.

Italien verfügte ebenfalls schon vor den Wahlen des Jahres 2000 über ein Aktivitätsprogramm für Kroatien. Die italienische Botschaft in Zagreb hat bekannt gegeben, dass die italienische Regierung eine Reihe von Vereinbarungen mit Kroatien geschlossen hat, um sowohl die Sicherheit der Schifffahrt als auch die Hilfsmaßnahmen bei Notsituationen in der Adria zu verbessern. Italien hat sein Ausbildungsangebot auf einen Kursteilnehmer an der Italienischen Marineakademie und den Austausch von Beobachtern bei nationalen Übungen beschränkt. Derzeit leitet Italien auch die Durchführung der PfP mit Kroatien, und es wird seine Aktivitäten im Jahr 2000 voraussichtlich noch ausweiten.

Andere NATO-Mitglieder wie Norwegen, Polen, Spanien und Ungarn haben kroatischen Militärs durch direkte Ausbildungsmaßnahmen und andere Aktivitäten ebenfalls einen Einblick in die Arbeitsweise westlicher Streitkräfte gewährt. Noch wichtiger ist jedoch die Tatsache, dass alle NATO-Staaten diese Aktivitäten während der entscheidenden Jahre von 1995 bis 2000 auf informelle Weise durch regelmäßige Zusammenkünfte des Korps der NATO-Attachés in Zagreb koordinierten.

Interessant ist auch, dass Kroatien zwischen 1995 und 2000 selbst umfangreiche Ressourcen für die Professionalisierung und Modernisierung seiner Streitkräfte bereitstellte. Es hat z.B. grundsätzlich die Reisekosten und den Lebensunterhalt aller zur Ausbildung ins Ausland entsandten Kroaten bezahlt. Im Fall der Vereinigten Staaten hat dies dazu geführt, dass die für die dortige Ausbildung zur Verfügung stehenden Gelder verdreifacht wurden. Dem kroatischen Verteidigungsministerium zufolge wird Kroatien im Jahr 2000 mehr als $ 2 Mill. an eigenen Mittel zur Unterstützung von Ausbildungsmaßnahmen im Ausland bereitstellen, wovon mehr als 90% in NATO-Staaten fließen werden.

Da es zu den Zielen der verschiedenen ausländischen Ausbildungsprogramme zählte, die apolitische Rolle von Streitkräften in einer Demokratie hervorzuheben, untergruben die kroatischen Ausgaben für diese Programme faktisch den Wunsch der HDZ, die uneingeschränkte Kontrolle über das Militär aufrechtzuerhalten. Ende 1995, als das erste, bescheidene Programm der Vereinigten Staaten anlief, war es jedoch für Kroatien eine politische Notwendigkeit, seine Beziehungen zum Westen zu konsolidieren, und zugleich eine militärische Notwendigkeit, möglichst viele Offiziere auszubilden. Laut dem kroatischen Verteidigungsministerium belief sich der Militäretat damals auf nahezu $ 1,4 Mrd., und eine Investition in Höhe von $ 130 000 galt so wahrscheinlich als politisch sinnvoll.

Ende der 90er Jahre wirkte sich die finanzielle Unterstützung der Ausbildung im Ausland für die HDZ allerdings eindeutig nachteilig aus. Das Regime Franjo Tudjmans befand sich fast in jeder Hinsicht im Konflikt mit der internationalen Staatengemeinschaft; ausgenommen war nur die militärische Zusammenarbeit. Hätte man damals die Unterstützung verringert, so wäre dies ein äußerst negatives politisches Signal gewesen. Zugleich führte die rasche Ausweitung der Programme in Verbindung mit der strikten Einhaltung der Aufnahmekriterien zu einer Entpolitisierung des für die kroatischen Bewerber geltenden Auswahlverfahrens.

In dem Maße, wie eine gewisse kritische Anzahl ausgebildeter Offiziere (Offiziere und Unteroffiziere) allmählich von den Auslandslehrgängen zurückkehrte, stellten NATO-Offiziere immer häufiger Gemeinsamkeiten mit ihren kroatischen Kollegen fest. Ende 1999 hatte jeder wichtige Kommandobereich, jede Abteilung des Generalstabs und jedes Direktorat des Verteidigungsministeriums irgendeinen Mitarbeiter, der an einem Lehrgang im Ausland teilgenommen hatte.

Schon 1997 konnten die Vereinigten Staaten die Wirkung ihrer Programme nachprüfen. Die Gebiete, für die Kroatien nach amerikanischer Ansicht ausreichende Mittel erhalten hatte, um sich in die von ihm gewünschte Richtung zu entwickeln, waren eindeutig definiert worden. Vor allem musste Kroatien Rechenschaft darüber ablegen, ob es die bereitgestellten Mittel effizient eingesetzt hatte. Man erwartete nicht nur, dass die ausgebildeten Offiziere Posten erhielten, die ihren neu erworbenen Qualifikationen entsprachen, sondern auch, dass sich die im Übergang befindlichen kroatischen Systeme in Richtung auf westliche Normen entwickelten – ein Ziel, das vom kroatischen Verteidigungsministerium immer wieder öffentlich verkündet, in der Praxis aber häufig missachtet worden war.

Ein Beispiel dafür, dass sich detaillierte Rechenschaftsbestimmungen durchaus bezahlt machen, läßt sich für Ende 1998 anführen. Damals konnten die Vereinigten Staaten dem kroatischen Verteidigungsministerium vorrechnen, dass sie mehr als 100 Kroaten auf dem Gebiet moderner Verfahren der Verwaltung von Verteidigungsressourcen ausgebildet hatten. Es war somit sowohl kroatischen als auch amerikanischen Offizieren klar, dass das kroatische Verteidigungsministerium über mehr als genug qualifiziertes Personal verfügen musste, um einen durch mehr Effizienz und Transparenz gekennzeichneten Haushalt aufzustellen – wiederum ein Ziel, zu dem man sich öffentlich bekannt hatte, das aber innerhalb des Ministeriums auf erheblichen Widerstand gestoßen war. Angesichts dieser Sachlage (wie auch aufgrund erheblichen diplomatischen Druckes) mussten die Vertreter einer harten Linie nachgeben. Kurz danach veröffentlichte das kroatische Verteidigungsministerium seinen bisher transparentesten und detailliertesten Haushalt.

Als dann Anfang 2000 die Wahlen abgehalten wurden, war der Sinneswandel der kroatischen Streitkräfte mit bilateraler Unterstützung von NATO-Mitgliedern und anderen Staaten bereits weit vorangekommen: Sie entwickelten sich zu modernen, einer zivilen Kontrolle unterliegenden und demokratisch ausgerichteten Streitkräften. Da sie bei den Wahlen keine Rolle für sich beanspruchten und auf jede Einflussnahme verzichteten, haben die kroatischen Streitkräfte ihre bisher schwerste Prüfung glänzend bestanden. ■

Eine europäische Vision für die Balkanstaaten

Chris Patten untersucht die Probleme, mit denen die Europäische Union in Südosteuropa konfrontiert ist, und analysiert die derzeitigen Strategien zu ihrer Bewältigung.

© Strat&Com

Der Aufbau Europas: Seit 1991 hat die EU für den Balkan mehr als 4,5 Mrd. Euro bereitgestellt.

Im 20. Jahrhundert hatte der Südosten Europas auf Europa insgesamt einen weitaus stärkeren Einfluss, als es durch seine Größe oder wirtschaftliche Macht gerechtfertigt gewesen wäre. Das letzte Jahrhundert begann und endete damit, dass bedeutende europäische Staaten militärisch in Konflikte der Region eingriffen. Dieses wiederholte militärische Engagement beweist die fortdauernde Bedeutung der Region. Unsere Entschlossenheit, im 21. Jahrhundert weitere Konflikte zu verhindern, ist einer der Gründe dafür, dass die großen europäischen Institutionen einschließlich der EU nun beträchtliches politisches und wirtschaftliches Kapital in die Stabilisierung dieser strategisch wichtigen Region investieren.

Die Probleme sind zweifellos enorm groß: eine zerstörte Infrastruktur, eine zerschlagene Industrie, Tausende von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie die Erblast ethnischer Spannungen. Die Erfahrungen, die wir nach 1945 in Europa gemacht haben, zeigen jedoch, dass eine Änderung möglich ist. Der Wiederaufbau und ein neues Europa nach dem Zweiten Weltkrieg waren möglich durch den Willen, Konflikte zu beenden, den Wunsch, unseren Kindern ein besseres Leben zu ermöglichen, die Entschlossenheit, alles neu aufzubauen, und die Bereitschaft von Freunden dazu beizutragen. Gemeinsam mit anderen Institutionen hilft die EU den Staaten Südosteuropas. Durch diese Region werden die uns zur Verfügung stehenden Mechanismen auf die Probe gestellt, und zwar sowohl unsere traditionelle Hilfs- und Handelspolitik als auch die neuen Strukturen der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die wir gerade erst aufbauen. Mit ihrer Hilfe wollen wir „den Frieden gewinnen“. Nehmen die Staaten der Region Hilfe an und treffen sie vernünftige Entscheidungen, so gibt es keinen Grund, warum sie sich nicht zu stabilen Demokratien mit einer erfolgreichen Marktwirtschaft entwickeln können sollten – ein Ergebnis, das sowohl ihnen als auch uns zugute kommen wird.

Chris Patten ist EU-Kommissar für auswärtige Beziehungen.

Der Stabilitätspakt, ursprünglich eine im Juni 1999 von der EU eingeleitete Initiative, ist ein bedeutender Schritt in Richtung auf das Wiedererstarken der Region. Die drei „Tische“ des Paktes, die Demokratie und Menschenrechte, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und Sicherheitsfragen umfassen, sollen den Reformprozess, den Wiederaufbau und die regionale Zusammenarbeit fördern. Um die Dynamik aufrechtzuerhalten, haben die EU und ihre Partner die Notwendigkeit hervorgehoben, Ergebnisse rasch vor Ort sichtbar werden zu lassen. Daher wurde auf der jüngsten Finanzierungskonferenz im März 2000 ein umfassendes Schnellstartprogram regionaler Projekte und Initiativen erörtert, das in den nächsten zwölf Monaten in Angriff genommen werden soll. Auf der Konferenz sagten die Geberstaaten mehr als 2,4 Mrd. Euro zu, also mehr als die zur Finanzierung des geplanten Maßnahmenpakets erforderlichen Mittel. Auf der Konferenz wurde jedoch betont, dass die Stabilisierungsanstrengungen von beiden Seiten kom-

men müssen. In den Staaten Südosteuropas geht es nämlich um Hilfe zur Selbsthilfe. Wollen sie wie Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg ein Wiedererstarken erleben, so müssen sie ihren Regierungsapparat verbessern, die Bedingungen für ein wirklich freies Unternehmertum schaffen, die Korruption bekämpfen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und zu ihrem gegenseitigen Vorteil zusammenarbeiten.

Viele Staaten der Region haben bereits erkannt, dass sie ihre Zukunft nicht durch Fremdenfeindlichkeit und Isolierung, sondern durch die Beteiligung am europäischen Integrationsprozess am besten sichern können. Entsprechend hat ihnen die Europäische Union als Sonderbeitrag zum Stabilitätspakt die Aussicht auf eine vollständige Einbindung in die EU-Strukturen eröffnet. Die EU bietet Albanien, Bosnien und Herzegowina (Bosnien), der Bundesrepublik Jugoslawien (Jugoslawien), Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien[1], maßgeschneiderte Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen an. Diese neue Form vertraglich festgelegter Beziehungen bietet verlockende Möglichkeiten der Integration in die EU-Strukturen, der Liberalisierung des Handels, der finanziellen Unterstützung, der Hilfe auf dem Weg zur Demokratie und zu einer zivilen Gesellschaft, der humanitären Hilfe für Flüchtlinge, der Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Recht und Ordnung sowie der Entwicklung eines politischen Dialogs als Gegenleistung für politische und wirtschaftliche Reformen und regionale Zusammenarbeit. Die EU bietet also im Grunde an, ihre politische und wirtschaftliche Zukunft mit den Staaten des westlichen Balkans zu teilen.

In den Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen wird die regionale Zusammenarbeit als zentrales Element jeder dauerhaften Lösung der Probleme Südosteuropas besonders hervorgehoben und zur Bedingung gemacht. Die Entwicklung des Handels und der Infrastruktur, die Verwaltung gemeinsamer Grenzen und die Förderung des Zusammenspiels zwischen verschiedenen Kulturen verlangen Zusammenarbeit sowohl über innerstaatliche als auch über äußere Schranken hinweg. Dies ist zudem eine nützliche Vorbereitung auf die künftige Einbindung in europäische Strukturen, die sich ihrerseits auf die Zusammenarbeit zwischen Staaten und Regionen stützen. Reformfortschritte haben nun die Einleitung von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien[1] und kürzlich mit Kroatien ermöglicht, und für Albanien ist eine Durchführbarkeitsstudie vorgelegt worden. Für Bosnien wurde allerdings noch keine Durchführbarkeitsstudie bezüglich eines solchen Abkommens in die Wege geleitet.

Unterdessen gehen die Hilfsmaßnahmen der Europäischen Union für die Region weiter. Die EU leistet den weitaus größten Einzelbeitrag zur Unterstützung des westlichen Balkans insgesamt. Seit 1991 hat sie über ihre verschiedenen Hilfsprogramme mehr als 4,5 Mrd. Euro bereitgestellt, und für das Jahr 2000 stehen im Rahmen der Hilfsprogramme PHARE und OBNOVA allein mehr als 520 Mill. Euro zur Verfügung. Die EU liegt auch vor Ort an der Spitze. Im Kosovo sind ungefähr 36 000 Soldaten und 800 Zivilpolizisten aus EU-Mitgliedstaaten gemeinsam mit Vertretern der EU-Kommission im Einsatz, die wiederum mit anderen internationalen Partnern zusammenarbeiten. Die EU leitet die Europäische Wiederaufbauagentur, also den Teil der Kosovo-Mission der Vereinten Nationen, der für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zuständig ist, und sie leistet den größten Einzelbeitrag zu den Wiederaufbaumaßnahmen. Weiter östlich erhalten Rumänien und Bulgarien, nun beide EU-Beitrittskandidaten, jährlich insgesamt etwa 900 Mill. Euro als Unterstützung für die Beitrittsvorbereitungen.

Leider hat Serbien unter Slobodan Milosevic beschlossen, sich von den positiven Kontakten mit der EU und der internationalen Staatengemeinschaft insgesamt fern zu halten. Serbien kann seine Nachbarn zwar nicht an der Herstellung engerer Verbindungen zu Westeuropa hindern, aber es liegt im Herzen der Region und ist unverändert in der Lage, Konflikte zu exportieren. Daher wird die regionale Stabilität gefährdet sein, bis Jugoslawien im Rahmen einer neuen, friedlichen und demokratischen Ordnung auf dem Balkan den ihm gebührenden Platz einnimmt. Milosevic und sein Regime – nicht die Bevölkerung Serbiens – sind das größte Hindernis auf diesem Weg.

Durch Südosteuropa werden die uns zur Verfügung stehenden Mechanismen auf die Probe gestellt, und zwar sowohl unsere traditionelle Hilfs- und Handelspolitik als auch die neuen Strukturen der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Da die Regierung Milosevic das Problem ist, hat die EU auf sie durch Isolierungsmaßnahmen und Sanktionen Druck ausgeübt. Zugleich hat sich die EU in dem Bewusstsein, dass die Isolierung wiederum selbst ein Hindernis für den Wandel in Serbien werden könnte, um eine genaue Stoßrichtung ihrer Sanktionen bemüht, indem sie sich auf dem Regime nahe stehende Personen konzentrierte. Auf der anderen Seite versucht die EU, der serbischen Bevölkerung durch einfallsreiche Formen der humanitären Hilfe (wie z.B. „Energie für Demokratie“, ein Ölversorgungsprogramm für Gemeinden, die von der Opposition verwaltet werden) und auch durch die Unterstützung unabhängiger Medien zu helfen. Die Aufhebung des Flugverbots war eine wichtige Maßnahme, und zu reformorientierten kommunalen Verwaltungen und der (leider noch immer wenig zielgerichtet arbeitenden) politischen Opposition sind Kontakte hergestellt worden. Das Wachstum und der zunehmende Wohlstand in anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawien werden als sichtbare Anreize hoffentlich im Laufe der Zeit auch in Serbien selbst zu einem stärkeren Reformeifer führen. In Montenegro, dem kleineren Partner Serbiens in Jugoslawien, unterstützt die EU weiterhin demokratische und wirtschaftliche Reformen, wendet sich aber gegen Unabhängigkeitsbestrebungen. Die EU ist allerdings der Ansicht, dass den Destabilisierungsmaßnahmen Belgrads in Montenegro keine ausreichenden Hilfsprogramme des Westens entgegengestellt worden sind und die Bemühungen auf den Gebieten der finanziellen, humanitären und technischen Hilfe verstärkt werden müssen. Dass Montenegro kein eigener Staat ist, dürfte für eine derartige Hilfe kein Hindernis sein.

(1)
Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

Im Kosovo sind kurzfristige Maßnahmen zur Abstützung des Friedens unverändert von großer Bedeutung. Hier wollen wir neue Krisen verhindern, insbesondere im Presevotal und in Mitrovica. Im Einklang mit der Resolution Nr. 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen müssen wir weiterhin ein ausreichendes Maß an Sicherheit als Voraussetzung für politische Kompromisse und die wirtschaftliche Erholung sicherstellen. Die Teilnahme der im Kosovo lebenden Serben an den Strukturen der Gemeinsamen Verwaltung deutet vielleicht darauf hin, dass die jetzige Politik allmählich Früchte trägt.

Die Aussicht auf die europäische Integration war im Westen des Balkans ein starker Anreiz zum Wandel. In Bosnien und Kroatien wurde der Wandel durch die Einrichtung sogenannter „Beratender Task Forces“ unterstützt, in deren Rahmen die EU-Behörden und die entsprechenden nationalen Stellen die Prioritäten und praktischen Aspekte des Wandels, der Reformen und der Integration erörtern. Es sind daher Foren für regelmäßige Konsultationen, mit deren Hilfe wir den Reformprozess gemeinsam vorantreiben können. Die Europäische Union hofft, dass ähnliche Einrichtungen schließlich auch in anderen südost-europäischen Staaten geschaffen werden können.

Zweifellos kann und sollte noch mehr getan werden. Die Hilfe ist nützlich; entscheidend ist der Handel. Die EU verfolgt schon jetzt eine liberale Handelspolitik gegenüber Südosteuropa und lässt mehr als 80% der Exporte aus dieser Region zollfrei einführen. Die EU schlägt jedoch weitere Schritte vor. Im Rahmen der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen sind Freihandelsvereinbarungen vorgesehen (und wir drängen die Staaten der Region bereits, untereinander Freihandelsabkommen auszuhandeln und so ihre jeweiligen Vorteile bestmöglich zu nutzen). Ein sofortiger Freihandel mit der EU wäre jedoch für die Volkswirtschaften der Region ein Schock, da sie dann beispielsweise die Zolleinkünfte verlören, die für viele der dortigen Regierungen eine Haupteinnahmequelle bilden. Daher beabsichtigt die EU die baldige Vorlage weiterer Vorschläge bezüglich Maßnahmen zur stärkeren Öffnung des EU-Marktes noch vor Verhandlungen über Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen.

In allen Untersuchungen wird auf die zentrale Bedeutung und das destruktive Potential der Kriminalität und Korruption in der Region hingewiesen. Die EU könnte gut die Erfahrungen mit der „Vorbeitrittsvereinbarung über die Bekämpfung der organisierten Kriminalität“ nutzen, die 1998 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den beitrittswilligen Ländern Mittel- und Osteuropas und Zypern geschlossen wurde; sie müsste nur eine enge Koordinierung mit dem dritten Tisch (Sicherheit) des Stabilitätspakts sicherstellen.

Die Bereitstellung von EU-Hilfe im Entwicklungsbereich sowie in technischen und humanitären Angelegenheiten wie auch unser Festhalten an einem Junktim zwischen dieser Hilfe und Fortschritten beim Aufbau einer Demokratie, bei der Achtung der Menschenrechte und der Einführung guter Regierungspraktiken bedeuten, dass unsere Balkanpolitik automatisch über ein beträchtliches Konfliktverhütungspotential verfügt. Letztendlich wollen wir in Südosteuropa ein Umfeld schaffen, in dem militärische Konflikte undenkbar werden. Wie die Lage im Kosovo zeigt, sind wir aber noch immer recht weit von diesem Ziel entfernt. Daraus ergibt sich die große Bedeutung des EU-Beschlusses, bis spätestens 2003 Schnellreaktionskräfte (bis zu 60 000 Mann) aufzustellen, deren Mobilmachung innerhalb von 60 Tagen erfolgen kann und die in der Lage sind, Operationen der humanitären Hilfe, der Krisenbewältigung sowie der Wahrung und Herbeiführung des Friedens durchzuführen.

Der Beschluss zum Aufbau ziviler Krisenreaktionsinstrumentarien für die Bereiche humanitäre Hilfe, Entsendung und Ausbildung von Zivilpolizisten, Grenzkontrollen, Minenräumaktionen sowie Such- und Rettungseinsätze ist zudem für manche Gebiete des Balkans nur allzu relevant. Vor diesem Hintergrund ist eine Sonderfazilität für Kriseneinsätze geplant, mit deren Hilfe wir finanzielle und sonstige Ressourcen nicht erst innerhalb von Wochen oder Monaten, sondern schon innerhalb weniger Stunden oder Tage bereitstellen können.

Sowohl Javier Solana, der erste Hohe Vertreter der EU für Außenpolitik, als auch ich selbst betrachten die Herbeiführung von Stabilität in Südosteuropa als vorrangige Aufgabe. Dies beweisen schon unsere zahlreichen Reisen in die Region. Wir sehen darin eine Möglichkeit, einen umfassenden Dialog in Gang zu bringen, dem Prozess die nötige Dynamik zu verleihen und so Fortschritte zu erzielen. Hierbei werden wir weiterhin sowohl mit unseren Partnern der internationalen Staatengemeinschaft als auch mit all denen eng zusammenarbeiten, die sich in der Region selbst für Fortschritte einsetzen. Dies ist zeitlich, personell und finanziell ein aufwendiges Vorhaben, aber es ist so unendlich viel besser als die militärischen Einsätze und Konflikte, von denen das letzte Jahrhundert so oft geprägt war. Die Schaffung einer neuen Region der Stabilität und Sicherheit ist demnach ein Ziel, das dem neuen Jahrhundert angemessen ist. ■

NATO Akademisches Forum

Stipendien

Die NATO schreibt jedes Jahr sowohl für einzelne Wissenschaftler als auch für Institutionen eine begrenzte Anzahl von Forschungsstipendien aus. Anträge können von Angehörigen der NATO-Staaten und der Partnerländer eingereicht werden.

Ausführliche Informationen:

http://www.nato.int/acad/home.htm

Aufgaben des KFOR-Befehlshabers

General Klaus Reinhardt erörtert den KFOR-Beitrag zum Friedensprozess im Kosovo und zeigt die in Zukunft zu erwartenden Schwierigkeiten auf.

© Nick Sidle – Allied Mouse and Heartstone

Ein Helfer: KFOR-Soldaten tragen zur Wahrung des Friedens wie auch zum gesellschaftlichen Wiederaufbau des Kosovos bei.

Als die von der NATO geführten Friedenstruppen im Juni 1999 im Kosovo eintrafen, befürchtete man, Zehntausende Albaner hätten ihr Leben verloren; mehr als eine Million Menschen waren zwangsweise vertrieben worden oder aus Furcht um ihr Leben geflohen. Die Hauptstadt Pristina war eine Geisterstadt mit geschlossenen Geschäften und nur einigen wenigen Autos auf den Straßen. Es gab keine Grenzkontrollen, keine zivilen Strukturen, keine funktionsfähige Volkswirtschaft, keine Verwaltungsdienste und keine Gewährleistung von Recht und Ordnung.

Inzwischen sind die meisten Flüchtlinge in ihre Häuser zurückgekehrt. Die Straßen Pristinas sind voller Busse und Autos, und es drängen sich dort Menschen, die sich auch im Freien wieder sicher fühlen. Bars, Restaurants und Geschäfte sind wieder geöffnet. Auf dem Markt herrscht ein reges Treiben, und überall stehen Straßenverkäufer mit ihren Ständen. Die Passanten sind gut gekleidet, und niemand sieht hungrig aus. An den Zeitungsständen sind unzensierte Lokalzeitungen wie auch internationale Publikationen erhältlich. Die Radiosender können senden, was ihr Publikum hören will. Viele Kosovo-Albaner genießen nun Freiheitsrechte, die ihnen jahrelang verwehrt worden waren.

General Klaus Reinhardt war von Oktober 1999 bis April 2000 als Nachfolger von Generalleutnant Mike Jackson Befehlshaber der KFOR.

Die KFOR ist bezüglich vieler Bereiche des Alltagslebens der Provinz für einen Großteil der erzielten Fortschritte von zentraler Bedeutung. Auf der Grundlage eines Mandats der Vereinten Nationen war sie in erster Linie dafür verantwortlich, den Ausbruch neuer Feindseligkeiten zu verhindern, die Provinz zu sichern und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten; sie sollte aber auch die führenden zivilen Institutionen auf dem Gebiet der humanitären Hilfe und des Wiederaufbaus sowie die Arbeit zur Wiederherstellung einer zivilen Gesellschaft im Kosovo unterstützen.

Anfang Juni 1999 wurde mit den zuständigen militärischen Stellen Jugoslawiens das Militärisch-Technische Abkommen (MTA) über den Abzug der jugoslawischen Streitkräfte ausgehandelt, und die KFOR überwachte dessen Durchführung. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Bei-

trags bedeuteten die jugoslawischen Streitkräfte (VJ) und die Polizei des jugoslawischen Innenministeriums (MUP) für das Kosovo keine direkte Bedrohung mehr. Die KFOR, in die Kontingente von 20 nicht der NATO angehörenden Staaten einschließlich Russlands integriert worden sind, verfügt über mehr als genug Fähigkeiten, um VJ und MUP an einem erneuten gewaltsamen Einfall ins Kosovo zu hindern. Mit Hilfe häufiger Übungen wird die Einsatzbereitschaft der Truppen für ein breites Spektrum von Krisensituationen aufrechterhalten. Die KFOR hat die „Verpflichtung" zur Entwaffnung der UCK (Befreiungsarmee des Kosovo) und zu deren Umstrukturierung zum Kosovo-Schutzkorps, einer Zivilschutzorganisation unter UNMIK-Aufsicht, erfolgreich durchgesetzt. Die 5 000 Korpsmitglieder haben geschworen, den Anweisungen der Rechtsbehörden zu folgen, die Menschenrechte zu achten und alle ihre Aufgaben ohne jede ethnische, religiöse oder rassische Voreingenommenheit wahrzunehmen. Das Korps soll eine multiethnische Organisation sein, und Bosniaken, Roma und Türken sind schon vertreten, aber noch keine Serben.

Dies ist das erste Mal, dass eine Guerillatruppe auf diese Weise aufgelöst und entwaffnet werden konnte. Die KFOR ist sich jedoch der Gefahr erneuter Feindseligkeiten bewusst und verfolgt besonders wachsam die gefährliche Lage, die sich durch die Erhebung albanischer Rebellen der „Liberation Army of Presevo, Bujanovac und Medvedja" in Südserbien ergibt.

Die zweite zentrale Aufgabe der KFOR besteht darin, ein sicheres Umfeld zu schaffen, in dem alle ethnischen Gruppen des Kosovos – Serben, Bosniaken, Roma und türkische Minderheiten sowie Albaner – die Möglichkeit zu einem Neuanfang haben. Priorität hatte die Räumung von Minen, die ungeachtet jeder ethnischen Herkunft Männer, Frauen und Kinder gefährden. Sprengstoffexperten haben schon 1 700 km Straße, mehr als 1 200 Schulen und 16 000 Privathäuser bzw. öffentliche Gebäude von Minen und anderen Sprengkörpern geräumt.

Solange die internationale Staatengemeinschaft nicht die nötigen Ressourcen bereitstellt, müssen KFOR-Soldaten einspringen und Aufgaben wahrnehmen, für die sie nicht ausgebildet sind.

Die größte Herausforderung bestand jedoch darin, ethnische Spannungen in Grenzen zu halten und die Kriminalität zu bekämpfen. Täglich führen zwei Drittel der KFOR-Soldaten zwischen 500 und 750 Patrouillen durch, wobei sie mehr als 550 zentrale Einrichtungen bewachen und mehr als 200 Fahrzeugkontrollposten betreiben. Im Laufe des letzten Jahres ist die Zahl schwerer Verbrechen wie Plünderungen, Entführungen und Brandstiftung drastisch zurückgegangen, und die Zahl der Morde sank von 50 wöchentlich auf durchschnittlich 5; dies ist weniger als in vielen westlichen Hauptstädten.

In Mitrovica, wo sich immer wieder ethnische Spannungen entladen, hat die KFOR bis zu 11 Kompanien im Einsatz, um die Sicherheit der verschiedenen Volksgruppen zu gewährleisten. An beiden Ibarufern sind „Vertrauensgebiete" geschaffen worden, mit denen Spannungen abgebaut und vertriebene Familien zur Rückkehr in ihre Häuser ermutigt werden sollen. In Mitrovica wie im Kosovo insgesamt kommt es entscheidend darauf an, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass es keine Teilung geben wird und eine friedliche Koexistenz der beiden stärksten Volksgruppen möglich ist.

Die Wahrnehmung zivilpolizeilicher Aufgaben bereitet jedoch nach wie vor Sorgen. In dem teilweisen Machtvakuum, das erst nach den Kommunalwahlen Ende dieses Jahres beseitigt werden kann, erleben die gewöhnliche und auch die organisierte Kriminalität eine Blütezeit. Es besteht ein dringender Bedarf an mehr Polizisten der Vereinten Nationen und an mehr Polizisten aus dem Kosovo selbst sowie an der zu deren Unterstützung erforderlichen Infrastruktur. Solange die internationale Staatengemeinschaft nicht die nötigen Ressourcen bereitstellt, müssen KFOR-Soldaten einspringen und Aufgaben wahrnehmen, für die sie nicht ausgebildet sind.

Die KFOR hat auch eine wichtige Unterstützungsfunktion im Bereich der humanitären Hilfe und der Wiederaufbaumaßnahmen der Völkergemeinschaft. Von Anfang an bemühte man sich um enge Arbeitsbeziehungen zwischen der KFOR – insbesondere ihrem Stab für zivil-militärische Zusammenarbeit – und der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen. Sofort wurde in Erwartung des Winters ein massives Programm zur Bereitstellung von Lebensmittelhilfe, Unterkünften und vorläufigen Notunterkünften eingeleitet. Dank dieser Maßnahmen verhungerte oder erfror im Kosovo trotz des harten Winters niemand, und das Welternährungsprogramm, das anfangs 900 000 Menschen mit Lebensmitteln versorgte, kann nun allmählich seine Aktivitäten herunterfahren, da immer mehr Menschen ihre Grundbedürfnisse selbst decken können.

Im Rahmen des Wiederaufbaus haben KFOR-Soldaten 200 km Straße, sechs Brücken und mehrere Umgehungsstraßen gebaut oder ausgebessert, was zu weniger Staus führt und den Einstrom humanitärer Hilfsgüter begünstigt. Pioniere haben das Schienennetz wieder funktionsfähig gemacht und 200 km Bahnstrecke repariert sowie zwei Brücken wieder aufgebaut. Die Schäden am Flughafen Pristina sind behoben, und der Flughafen ist für kommerzielle Flüge wieder geöffnet.

In nur einem einzigen Sektor des Kosovos hat die KFOR gemeinsam mit der örtlichen Bevölkerung 1 600 Häuser gebaut, für 17 000 Menschen Unterkünfte geschaffen, die Wiederherstellung grundlegender Versorgungsnetze (z.B. Strom, Wasser, Heizung und Kommunikationssysteme) unterstützt und dazu beigetragen, eine medizinische Grundversorgung sicherzustellen; dazu zählten im Tagesdurchschnitt mehr als 1 000 Behandlungen sowie Noteinweisungen in Krankenhäuser, Impfprogramme, Krankenwagentransporte und aus medizinischen Gründen erforderliche Evakuierungsflüge.

Die enge Zusammenarbeit zwischen der KFOR und der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen war für die Wiederbelebung zahlreicher Aspekte des Alltags im Kosovo

und für die Errichtung ziviler Strukturen von zentraler Bedeutung. Ein früher, entscheidender Schritt war der Beschluss, das durch den jugoslawischen Abzug entstandene Regierungs- und Verwaltungsvakuum durch die Einrichtung gemeinsamer vorläufiger Verwaltungsstrukturen zu füllen, an denen sich alle ethnischen Gruppen beteiligen konnten. Problematisch war hier wie bei so vielen anderen Initiativen im Kosovo, dass sich die serbischen Entscheidungsträger zunächst nur zögernd beteiligten. Anlass zur Hoffnung bietet jedoch der im April gefasste mutige Beschluss des Serbischen Nationalrats, als Beobachter an den Sitzungen des Übergangsverwaltungsrats und des Übergangsrats für das Kosovo teilzunehmen.

Die zunehmende Stabilität und Sicherheit im Kosovo hat den Unternehmergeist der örtlichen Bevölkerung wieder aufblühen lassen, und überall werden kleine Betriebe gegründet. Vor allem Cafés und Restaurants machen dank der Mitarbeiter internationaler Organisationen gute Geschäfte. Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit weiterhin ein großes Problem. Offiziellen Angaben zufolge liegt die Arbeitslosigkeit bei Männern zwischen 80 und 90 Prozent. Die vorhandenen Ressourcen könnten gezielter für bescheidene Startkapitaldarlehen an Kleinbetriebe verwendet werden, und man sollte nicht Unsummen in einige wenige Großprojekte fließen lassen, von denen meistens internationale Auftragnehmer profitieren. Zudem sollte man vorrangig den zahlreichen Kleinbauern des Kosovos helfen, den fruchtbaren Boden der Provinz wieder zu bewirtschaften. Viele Höfe wurden während des Konflikts zerstört, so dass sich Landarbeiter in den Städten Arbeit suchen mussten.

© Nick Sidle – Allied Mouse and Heartstone

Ärztliche Untersuchung: Die KFOR gewährleistet die medizinische Grundversorgung; u.a. können täglich mehr als 1 000 Patienten behandelt werden.

Die Universität Pristina ist wieder eröffnet worden, und auch die meisten Schüler können wieder zur Schule gehen. Die KFOR half beim Wiederaufbau von Gebäuden und eskortiert Lehrer und Schüler durch Gebiete, in denen ethnische Spannungen noch gefährlich sind. Örtliche Medien und Telekommunikationsprojekte wurden durch den Lufttransport des nötigen Materials, die Errichtung von Antennen und den Wiederaufbau wichtiger Sende- und Schaltstationen unterstützt. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die für die Demokratisierung der Medien zuständig ist, erhält Hilfe beim Aufbau einer Datenbank genehmigter Sender sowie bei der Organisation der Frequenzverwaltung.

Nach einem langsamen und unsicheren Start verfügt das Rechtswesen nun über die für den Gerichtsbetrieb erforderlichen Richter und Anwälte. Die Rechtsprechung funktioniert, wenn die jeweilige Straftat keine stark ausgeprägten ethnischen Aspekte aufweist. Internationale Richter und Anwälte werden jedoch noch immer gebraucht, wenn es um schwierigere Fälle geht, und im Bereich der Rechtsreform liegt noch viel Arbeit vor uns.

Ein Großprojekt, das Erwähnung verdient, ist die Initiative zur Wiederbelebung des Bergbau- und Hüttenkomplexes Trepca, der jahrelang vernachlässigt wurde und unter einem Investitionsdefizit litt. Man hat sich auf internationaler Ebene um seine Wiederbelebung bemüht, durch die viele Arbeitsstellen und dringend benötigte Einnahmequellen für das Kosovo sichergestellt werden könnten. Die KFOR hat sich aktiv an den Prüfungs- und Planungsstufen des Projekts beteiligt und gewährleistet tagtäglich die Sicherheit verschiedener Betriebsstandorte, von denen viele an der Grenze zwischen den Wohngebieten der am Konflikt beteiligten Volksgruppen liegen.

Zudem hat die KFOR im Rahmen eines Finanzhilfesofortprogramms, das im Dezember 1999 zur raschen Wiederbelebung der Volkswirtschaft (es gab keine funktionierenden Banken) eingeleitet wurde, Wachposten, Hub-

schraubertransporte und gepanzerte Begleitfahrzeuge für die Verteilung von mehr als DM 80 Mill. ($ 40 Mill.) zur Verfügung gestellt. Nun entwickeln sich allmählich die Grundlagen eines Finanzsektors.

Die Völkergemeinschaft hat im letzten Jahr große Fortschritte erzielt. Es bleibt jedoch noch viel zu tun, und zahlreiche heikle Probleme liegen noch vor uns. Meine Nachfolger werden alle Hände voll zu tun haben, um das sichere Umfeld zu gewährleisten, das von entscheidender Bedeutung ist, wenn Demokratie und Toleranz im Kosovo Fuß fassen und alle seine Bürger in Frieden und Wohlstand leben können sollen.

Die Frage des endgültigen Status des Kosovos muss noch geklärt werden. Laut der Resolution Nr. 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen wird das Kosovo eine Provinz mit *erheblicher Autonomie* innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien sein. Aber was genau ist damit gemeint? Für die überwiegende Mehrheit der Kosovo-Albaner kommt eine Neuauflage der serbischen Herrschaft nicht in Frage. Selbst Ibrahim Rugova, der als der gemäßigste Vertreter der Kosovo-Albaner gilt, hat klar zum Ausdruck gebracht, dass „die Unabhängigkeit unausweichlich ist“ und dass er hoffe, zum ersten Präsidenten eines unabhängigen Kosovo gewählt zu werden. Man wird die Kosovo-Albaner also davon überzeugen müssen, dass trotz allem eine friedliche Koexistenz mit den Serben und allen anderen Minderheiten in einer autonomen Provinz möglich ist.

Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die für diesen Herbst geplanten Kommunalwahlen freie und faire Wahlen werden, an denen sich *alle Volksgruppen* beteiligen; bisher scheinen die Serben sie boykottieren zu wollen. Die OSZE organisiert derzeit die Registrierung der Wähler, und die KFOR wird den VN-Polizisten helfen, die Sicherheit der Wahllokale und Wahlurnen zu gewährleisten. Leider scheint es schon jetzt Einschüchterungsversuche zu geben: Manch einer wird „gebeten“, einer bestimmten Partei beizutreten, um nicht die Arbeitsstelle zu verlieren.

Schließlich ist die Frage zu lösen, wie sich eine „schrittweise, langsame und humane Rückkehr“ der Flüchtlinge unter sicheren Rahmenbedingungen, wie sie von der Hohen Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen, Sadako Ogata, empfohlen wird, überhaupt organisieren lässt. Viele westliche Aufnahmestaaten fordern eine rasche Rückführung der Flüchtlinge, aber Albaner halten eine Rückkehr wahrscheinlich für sicherer als Serben. Ein großer Rückkehrerstrom noch in diesem Jahr würde zudem die knappen Ressourcen der Vereinten Nationen im Kosovo noch stärker belasten und zugleich die Reihen der Arbeitslosen anschwellen lassen sowie die KFOR vor erhebliche Sicherheitsprobleme stellen.

Es wird weitgehend von der Bevölkerung des Kosovos selbst abhängen, ob die internationale Staatengemeinschaft, den eingeschlagenen Kurs energisch weiterverfolgen und die erforderlichen Ressourcen bereitstellen will. Wie NATO-Generalsekretär Lord Robertson deutlich gemacht hat: „Sie alle sind für Ihre Zukunft verantwortlich. Die NATO setzt nicht das Leben ihrer Soldaten aufs Spiel, um zuzusehen, wie alle ihre Bemühungen zunichte gemacht werden. Die Morde und ethnischen Säuberungen müssen ein Ende nehmen, sonst wird es keine Hilfsgelder mehr geben…. Wir haben nicht vor, in Südosteuropa einfach noch ein monoethnisches Land entstehen zu lassen.“ ■

Personelle Änderungen

Nach sechs Monaten als KFOR-Befehlshaber übergab General Klaus Reinhardt das Kommando im April 2000 seinem Nachfolger, Generalleutnant Juan Ortuño. Dieser Schritt lässt eine Stärkung der Rolle der Europäer in Sicherheitsfragen erkennen. Der spanische Generalleutnant ist Befehlshaber des Eurokorps, an dem fünf europäische Staaten beteiligt sind.

Das Eurokorps, das ursprünglich auf eine deutsch-französische Initiative zurückgeht, setzt sich heute neben deutschen und französischen Soldaten aus Streitkräften Belgiens, Luxemburgs und Spaniens zusammen. Der Führungsstab des Eurokorps wird bis Oktober 2000 den Kern des KFOR-Stabes bilden, der durch Personal anderer KFOR-Truppensteller verstärkt wird.

Die Beziehungen zwischen dem Eurokorps und der NATO werden durch eine Vereinbarung geregelt, die 1993 zwischen den französischen und deutschen Stabschefs sowie dem Obersten Alliierten Befehlshaber Europa (SACEUR) geschlossen wurde. Dieser Vereinbarung zufolge ist das Eurokorps den NATO-Strukturen und -Verfahren anzupassen, damit im Fall eines Einsatzes eine rasche Integration in die NATO möglich ist.

Im Einklang mit dem System des halbjährlichen Kommandowechsels unterstanden die KFOR-Truppen zunächst dem ACE-Schnelleingreifkorps (ARRC) unter dem britischen Generalleutnant Sir Mike Jackson, der das Kommando dann im Oktober 1999 General Klaus Reinhardt (LANDCENT) übergab.

Im Oktober 2000 soll das KFOR-Kommando einem Italiener, Generalleutnant Carlo Cabigiosu (AFSOUTH), übertragen werden. Die KFOR-Befehlshaber unterstehen jeweils dem SACEUR (seit Mai 2000 der amerikanische General Joseph Ralston).

© NATO

Übergabe des Kommandos: In Anwesenheit von General Wesley Clark (damals SACEUR) übergibt General Klaus Reinhardt (links) das KFOR-Kommando seinem Nachfolger, Generalleutnant Juan Ortuño (rechts).

Durchbruch auf dem Balkan?

Christopher Bennett erörtert die Aussichten für einen demokratischen Wandel sowie für einen sich selbst tragenden Friedens- und Stabilitätsprozess im ehemaligen Jugoslawien

In den letzten zehn Jahren bot der Balkan wenig Anlass zu Optimismus, aber nun zeichnet sich endlich eine Wendung zum Besseren ab. In Bosnien und Herzegowina (Bosnien) hat sich der Strom der zurückkehrenden Flüchtlinge dieses Jahr beschleunigt. Kroatien, das von der Völkergemeinschaft lange gemieden wurde, hat sich seit dem Tod des früheren Präsidenten Franjo Tudjman (Dezember 1999) sehr verändert. Die internationale Staatengemeinschaft verfolgt mit Hilfe des Stabilitätspakts einen regionalen Ansatz zur Lösung der Probleme ganz Südosteuropas. Die vor uns liegende Aufgabe hat jedoch unverändert ein Furcht erregendes Ausmaß, und internationales Engagement wird wohl noch über viele Jahre hinweg unerläßlich sein.

Verständlicherweise haben die bahnbrechenden Wahlsiege der Mitte-links-Reformpolitiker in Kroatien zu Beginn dieses Jahres optimistische Spekulationen über eine demokratische Kettenreaktion ausgelöst, die auch andere Teile des ehemaligen Jugoslawien, Bosnien und sogar Serbien erfassen könne. Obwohl gemäßigte Kräfte im Frühjahr bei den Kommunalwahlen in Bosnien einige Gewinne verzeichnen konnten, bestimmen jedoch die nationalistischen Parteien nach wie vor die Politik des Landes. Entgegen allen Vorhersagen, denen zufolge der jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic nach seiner vierten militärischen Niederlage (Kosovo, 1999) bald die Macht verlieren würde, hat er seine Autorität in Serbien hartnäckig verteidigt und konsolidiert. Sogar in Kroatien selbst steht die neue Regierung, die sich von der Erblast Franjo Tudjmans zu befreien versucht, vor enorm großen Problemen.

Die neue Regierung in Zagreb schlug buchstäblich sofort mit ihrem Amtsantritt einen völlig anderen Kurs ein als ihre Vorgängerin. So wurde der Tourismusminister im Februar nur wenige Minuten nach der letzten Kabinettssitzung der ehemaligen Regierungspartei, der Kroatischen Demokratischen Union (Hrvatska demokratska zajednica – HDZ), in Handschellen abgeführt und wegen der Überweisung staatlicher Gelder auf das Konto der Baufirma seiner Frau vor Gericht gestellt. Während die kroatische Presse sozusagen täglich neue Einzelheiten zu Skandalen veröffentlicht und Vorwürfe gegen führende Persönlichkeiten des kroatischen Ancien Régime erhebt, sind zudem bisher etwa 20 weitere Personen wegen einer Reihe von Wirtschaftsdelikten verhaftet worden.

Hätte die neue kroatische Regierung nur die Aufgabe, die Mitglieder der ehemaligen Regierungspartei für die Fälle von Machtmissbrauch in den letzten zehn Jahren zur Rechenschaft zu ziehen, so wäre dies schon schwierig genug. Die Probleme sind jedoch weitaus schwerwiegender. Die verdeckten Operationen, die Korruption und die Vetternwirtschaft, die für Kroatien unter Franjo Tudjman kennzeichnend waren, sind das Vermächtnis von fast 50 Jahren kommunistischer Herrschaft, von nahezu 10 Jahren echter oder durch die Medien erzeugter Kriegshysterie und von mehreren Jahren einer weitgehend selbst auferlegten internationalen Isolation.

Die neue kroatische Regierung muss in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit und sinkenden Lebensstandards den Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen Regierungssystem sowie von einer weitgehend staatlich bzw. von der Partei gelenkten Wirtschaft zu einer freien Marktwirtschaft bewältigen. Erschwert wird diese Aufgabe noch durch kriegsbedingte wirtschaftliche Probleme und durch die Notwendigkeit eines Ausgleichs zwischen den Interessen der kroatischen Mehrheit und der serbischen Minderheit des Landes – ein Prinzip, zu dem sich Zagreb in Wort und Tat bekannt hat. Strukturreform lautet jetzt die Parole, denn die neue kroatische Regierung wird schrittweise die zentralen Institutionen des Landes, einschließlich der Streitkräfte, der Medien und der Geheimdienste, umstrukturieren und die Volkswirtschaft umbauen müssen, wobei sie immer wieder auf den harten Widerstand der Hauptnutznießer des alten Systems stoßen wird.

Auch wenn die kommenden Jahre in Kroatien wahrscheinlich hart werden, sind die Aussichten recht gut. Der Tod Franjo

Abschied vom kroatischen Ancien Régime: Der Tod Franjo Tudjmans hat Hoffnungen auf

Christopher Bennett, Verfasser des Buches „Yugoslavia's Bloody Collapse" (New York University Press) ist seit kurzem bei der NATO als Redakteur des NATO BRIEFs tätig. Die in dem vorstehenden Artikel geäußerten Ansichten bringen seine persönliche Meinung und nicht die Haltung der NATO oder ihrer Mitgliedstaaten zum Ausdruck.

Tudjmans beseitigte das größte Reformhindernis. Die zivile Gesellschaft, d.h. eine vitale, unabhängige Presse und ein dynamischer privater Sektor, hat sich in den 90er Jahren trotz der feindlichen Haltung der Regierung zu einer starken Kraft entwickelt, für die der Übergang bisher bemerkenswert problemlos verlief. Die politische Kehrtwendung bezüglich Bosniens, die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag und eine geschickte diplomatische Offensive haben zu einer wohlwollenden Haltung der Völkergemeinschaft geführt, was die Aussichten im Hinblick auf die für den Übergangsprozess dringend benötigte wirtschaftliche und technische Hilfe verbessert. Von entscheidender Bedeutung ist, dass Kroatien sein Schicksal weitgehend selbst in der Hand hat, was in den südlich angrenzenden ehemaligen jugoslawischen Republiken nicht unbedingt der Fall ist.

Wie Kroatien muss auch Bosnien den Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen Regierungssystem und von einer zentralen Planwirtschaft zu einer freien Marktwirtschaft bewältigen. In Bosnien wird dieses ohnehin äußerst schwierige Unternehmen jedoch durch die Erblast eines fast vierjährigen ununterbrochenen Krieges, durch Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden bewaffneten Gruppen und durch ein instabiles Gleichgewicht zwischen drei verschiedenen Volksgruppen noch zusätzlich erschwert. Nahezu fünf Jahre nach dem Ende des Krieges hängt Bosnien immer noch an der internationalen Herz-Lungen-Maschine, ist von Auslandshilfe abhängig und innerlich gespalten. Der Wiederaufbau einer funktionsfähigen Gesellschaft hat sich als so kompliziert erwiesen, dass die Bosnier einen Großteil der Verantwortung dafür einfach der Völkergemeinschaft übertragen haben.

Anhaltende Konflikte stellen eine Gesellschaft auf den Kopf und leisten der Inkompetenz Vorschub. In Bosnien haben viele, die es in Friedenszeiten kaum zu etwas gebracht hätten, die ihnen durch den Krieg gebotenen Chancen genutzt und Machtpositionen erlangt, für die sie völlig ungeeignet sind. Bosnier, die zum gesellschaftlichen Wiederaufbau hätten beitragen können, sind dagegen entweder ausgewandert oder an den Rand der Gesellschaft verdrängt worden. Viele tüchtige und qualifizierte Bosnier, die in ihrem Heimatland blieben, arbeiten heute als Dolmetscher und Fahrer für internationale Organisationen. Unterdessen konnten die Hardliner unter den nationalistischen Politikern durch die Manipulation des aus der kommunistischen Ära stammenden Nomenklatursystems (mit dem die Partei die Vergabe von Ämtern kontrolliert), durch das Aufpeitschen nationalistischer Angst- und Hassgefühle, mit denen sie in entscheidenden Augenblicken starke Spannungen aufrechterhielten, und wegen des Fehlens jeder Möglichkeit, sie zur Rechenschaft zu ziehen, den Friedensprozess etwa eineinhalb Jahre lang spürbar bremsen.

© Reuters

einen demokratischen Wandel in allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien geweckt.

Der eigentliche Wiederaufbau Bosniens begann erst, als sich die internationale Staatengemeinschaft eineinhalb Jahre nach dem Beginn des Friedensprozesses energischer darum bemühte, den bosnischen Behörden die Stirn zu bieten, angeklagte Kriegsverbrecher zu verhaften, unfähige kommunale Bedienstete zu entlassen und die Medien unter ihre Kontrolle zu bringen und dann umzustrukturieren. Es erweist sich jedoch als ein äußerst langwieriges Unternehmen, die Voraussetzungen für einen sich selbst tragenden Friedensprozess zu schaffen, mit dem sich die Bevölkerung auch identifizieren kann.

Während die kroatischen Reformpolitiker ganz genau wissen, was sie sich mit der Umstrukturierung ihrer Gesellschaft vorgenommen haben, musste sich die Völkergemeinschaft in Bosnien in den letzten fünf Jahren in einen äußerst harten Lernprozess mit den örtlichen Bedingungen vertraut machen, um die Art von Reformen konzipieren zu können, mit denen das Land wieder auf die Beine kommen kann. In dem Maße, wie man sich mehr Kenntnisse aneignete, wurde auch allmählich der enorme Umfang der Aufgabe klar. Die Probleme sind weitaus ernster, als man es 1995 zur Zeit der Friedensverhandlungen in Dayton, die dann den Bosnienkrieg beendeten, überhaupt hätte voraussehen können. Fast mit jedem Problem, das die internationale Staatengemeinschaft zu lösen hat – von der Bankreform über die Gewährleistung der Sicherheit zurückkehrender ethnischer Minderheiten bis hin zum Aufbau demokratischer Strukturen in einem Vielvölkerstaat – , betritt man Neuland, wo es am besten ist, zu improvisieren, zu experimentieren und empirische Methoden anzuwenden.

Die Experten der Europäischen Stabilitätsinitiative ESI (mit Sitz in Berlin) hoben kürzlich in einer Studie zu den internationalen Bemühungen in Bosnien mehrere Gebiete hervor, auf denen es der Völkergemeinschaft trotz massiven Widerstands der Vertreter des alten Systems gelungen ist, Reformen durchzuführen und funktionsfähige Selbstverwaltungsinstitutionen aufzubauen. Dies gilt u.a. für den Aufbau einer bosnischen Zentralbank und einer zentralen Währungsbehörde sowie für die Einführung der neuen bosnischen Währung, für die Reform der Medien und die Bildung der unabhängigen Medienkommission als innerstaatlicher Ordnungsbehörde und schließlich auch für die Steuer- und Zollreform, die mit Hilfe des EU-Büros zur Unterstützung Bosniens und Herzegowinas im Zoll- und Finanzwesen durchgeführt werden konnte. Man kann allerdings sogar von Maßnahmen profitieren, die ihr Ziel verfehlt haben; man muss nur die Gründe für den Fehlschlag erkennen und aus den Fehlern lernen.

Mit dem Fortschreiten des Friedensprozesses sind die Mitarbeiter der internationalen Organisationen gezwungen, immer stärker in den bosnischen Alltag einzugreifen. Illegale Strukturen, darunter auch das Dickicht der Geheimdienste, werden beseitigt. Nun werden auch Mechanismen zur Förderung von Transparenz und Kontrollierbarkeit sowie zur Korruptionsbekämpfung eingeführt. Im Mai 2000 beschloss man ferner auf der Tagung des Rates für die Umsetzung des Friedens (des aus Staaten und internationalen Organisationen zusammengesetzten Aufsichtsorgans für den bosnischen Friedensprozess) die Errichtung neuer Institutionen, die insbesondere auf dem Fernmelde- und Energiesektor die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb schaffen sollen. Diese lukrativen Märkte teilen sich nämlich derzeit drei nach ethnischen Grundsätzen aufgebaute Monopole. Durch deren Reform wollen die Vertreter der Völkergemeinschaft den nationalistischen Parteien, die den Friedensprozess systematisch untergraben haben, die Gelder entziehen, die sie zur Finanzierung ihrer verdeckten Operationen brauchen.

Wie auch in der ESI-Studie deutlich wird, besteht eine entscheidende Lehre aus dem bisherigen Verlauf des Friedensprozesses darin, dass durch Geld allein kein Problem gelöst wird. Entgegen allen guten Absichten erschwerte ein Teil der internationalen Hilfe insbesondere direkt nach dem Ende des Krieges den Wiederaufbau nur noch mehr, weil dadurch Machtstrukturen gestärkt wurden, die eine grundsätzlich feindliche Haltung gegenüber dem Friedensprozess einnahmen. Örtliche Führungseliten konnten z.B. gelegentlich Wiederaufbauprojekte für ihre eigene Günstlingswirtschaft nutzen. Der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur kann schnell zu spektakulären sichtbaren Ergebnissen führen, aber er ändert nichts an den tiefer liegenden Problemen der bosnischen Gesellschaft. So sind Straßen und Brücken, die 1996 mit internationalen Hilfsgeldern wieder aufgebaut wurden, sogar schon wieder sehr reparaturbedürftig, weil die bosnische Gesellschaft noch nicht gut genug funktioniert, um die Instandhaltung zu gewährleisten.

Nach einer Zeit, die der Leiter der VN-Übergangsverwaltung im Kosovo, Bernard Kouchner, als „vierzig Jahre Kommunismus, zehn Jahre Apartheid und ein Jahr ethnischer Säuberungen“ beschrieb, sind die Probleme im Kosovo ebenso neu und komplex wie in Bosnien. Der Friedensprozess ist knapp ein Jahr alt, und so stehen die Vertreter der Völkergemeinschaft noch immer am Anfang ihres Lernprozesses, auch wenn sie einige Lehren aus den Erfahrungen in Bosnien ziehen konnten. Die Frage des endgültigen Status des Kosovos und seiner Beziehungen zu Serbien sowie zu anderen Bevölkerungsgruppen albanischer Abstammung auf dem Balkan ist unweigerlich Gegenstand zahlreicher Spekulationen. Unterdessen versucht man vor Ort herauszufinden, welche Maßnahmen zu den gewünschten Ergebnissen führen und welche nicht und wie sich am besten funktionsfähige kommunale Verwaltungseinrichtungen aufbauen lassen, die einen Interessenausgleich zwischen den Angehörigen der die Mehrheit stellenden Volksgruppe und den Angehörigen der Minderheitengruppen ermöglichen. Wie in Bosnien gibt es auch hier keine Patentrezepte, und der Prozess wird sich unweigerlich als langwierig erweisen.

Natürlich werden sowohl die Friedensprozesse in Bosnien und im Kosovo als auch der Balkan insgesamt vom Serbien Milosevics überschattet. Solange der größte Nachfolgestaat des ehemaligen Jugoslawien international geächtet bleibt, kann man sich wirklich kaum vorstellen, wie irgendwo Regelungen erreichbar sein sollten, die sich langfristig selbst tragen, oder wie regionale Initiativen wie der Stabilitätspakt zu umfassenden Lösungen führen sollten. Schlimmer ist jedoch, dass der nun als Kriegsverbrecher angeklagte Milosevic keine Anstalten macht, von seinem Amt zurückzutreten.

Manch einer hat Slobodan Milosevic als Genie beschrieben, das der Völkergemeinschaft nie ins Netz gehen wird. Er ist durch und durch ein Apparatschik, dem es wie anderen skrupellosen Diktatoren gelungen ist, sich hinter Rechtsnormen wie der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten unabhängiger Staaten zu verstecken und diese Prinzipien zur Rechtfertigung aller Arten von Unterdrückung innerhalb der Grenzen Jugoslawiens zu missbrauchen. Früher hat er sich auch auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Völkergemeinschaft stützen können, um nicht den Preis für sein Verhalten zahlen zu müssen. Das Ergebnis sind kurzfristige Scheinerfolge und langfristig die Gefahr einer vollständigen Katastrophe.

Seit er 1987 auf der achten Plenartagung der Serbischen Kommunistischen Liga die Nachfolger Titos wegen ihrer Nachgiebigkeit gegenüber dem Kosovo in einem gewaltlosen Putsch stürzte, hat er den Blick nie zurückgewandt. Er verhängte über die Medien den Ausnahmezustand und machte sich daran, auch die übrigen Teile des ehemaligen Jugoslawiens unter seine Gewalt zu bringen. Während Serbien die Kriege in Slowenien, Kroatien, Bosnien und im Kosovo führte und nacheinander verlor, nahm die Wirklichkeitsferne der serbischen Gesellschaft immer mehr zu. Acht Jahre wirtschaftlicher Sanktionen, mehr als zehn Jahre Medienzensur und eine Reihe von Strafaktionen gegen die Opposition haben deutliche Spuren hinterlassen.

Milosevic hat während seiner 13-jährigen Herrschaft aus einem Land mit stolzen Traditionen und einigen demokratischen Errungenschaften das surreale Zerrbild eines Staates gemacht. Die gesellschaftlichen Probleme Serbiens gehen daher wahrscheinlich tiefer. Manche der angesehensten Serbienkenner, wie z.B. Sonja Biserko vom serbischen Helsinkikomitee, sind sogar der Ansicht, dass nun in Serbien eine tief greifende und umfassende Umstrukturierung erforderlich ist, die weit über alle bisherigen Maßnahmen der anderen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien hinausgehen muss.

Politiker, die versuchen, Strategien zur Förderung der Demokratisierung Serbiens zu konzipieren, operieren jedoch weitgehend in einem Vakuum. Infolge der internationalen Sanktionen, des Kosovokrieges und der gegen Slobodan Milosevic erhobenen Anklage sind nur einige wenige Vertreter des Westens in Serbien geblieben. Man weiß nun weniger als je zuvor, wie die serbische Gesellschaft eigentlich funktioniert. Eines Tages, möglicherweise schon bald, wird die Herrschaft Milosevics ein Ende nehmen müssen, und gleichviel ob eine umfassende Umstrukturierung Serbiens erforderlich ist oder nicht, grundlegende Reformen werden für den Aufbau einer stabilen und funktionsfähigen Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sein. Für den Wiederaufbau Serbiens sind in westlichen Hauptstädten bereits große Summen internationaler Hilfe eingeplant worden, aber die Bewältigung der Aufgabe selbst wird unweigerlich sehr viel Zeit beanspruchen. ■

Rumänische Betrachtungen

Radu Bogdan erläutert die Bestrebungen Rumäniens im Hinblick auf einen EU- und NATO-Beitritt und beschreibt das Reformprogramm, das derzeit in seinem Land durchgeführt wird

Die Bemühungen Rumäniens um einen Beitritt zu europäischen und euro-atlantischen Institutionen, die auf die Revolution von 1989 zurückgehen, tragen allmählich Früchte. Rumänien wurde 1993 in den Europarat aufgenommen und wird im Jahr 2001 als Nachfolger Österreichs die Aufgaben des amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa übernehmen. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und in der NATO, den zentralen Förderern und Garanten des Fortschritts und Wohlstands Europas steht jedoch noch aus. Die Vorbereitungen auf eine mögliche Mitgliedschaft gelten zudem als günstige Gelegenheit zur Modernisierung Rumäniens selbst.

Im Februar 1993 wurde mit der Europäischen Union ein Assoziierungsabkommen unterzeichnet, und 1995 reichte Rumänien seinen Beitrittsantrag ein. Im Dezember 1999 luden die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitglieder Rumänien wie auch Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta und die Slowakische Republik auf ihrem Gipfeltreffen in Helsinki ein, im Jahr 2000 Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Die wirtschaftlichen Probleme Rumäniens erfordern jedoch schmerzhafte Reformen und lassen es als unwahrscheinlich erscheinen, dass dieses Land seinen Rückstand ausreichend verringern kann, um schon bald zum Beitritt fähig zu sein.

Warteschlange vor der NATO-Tür: Rumänien ist der Partnerschaft für den Frieden als erster Staat beigetreten.

Die traditionelle Armut Rumäniens hat diesem Land in Verbindung mit der kommunistischen Misswirtschaft vor 1989 sowie Arbeiterunruhen und reformfeindlichen Bestrebungen der letzten Zeit ein wirtschaftliches Chaos beschert. Das Bruttoinlandsprodukt ist schon seit mehreren Jahren deutlich gesunken, so dass sowohl die industrielle als auch die landwirtschaftliche Produktion zurückgingen. Es gibt zwar Anzeichen für eine allmähliche Besserung der Lage, aber 1999 verzeichnete man einen Konjunkturrückgang von 4,6%, und die Wirtschaft wird sich dieses Jahr voraussichtlich nur leicht erholen. Die Inflationsrate sinkt zwar, liegt aber immer noch über 40 Prozent und die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit hat sich seit 1996 auf 12% verdoppelt. Mehrere Großbetriebe, die rote Zahlen schreiben, müssen privatisiert oder umstrukturiert werden. Dringend erforderlich sind insbesondere im Hinblick auf Auslandsinvestitionen auch Reformen im Finanz- und Bankwesen.

Trotz gegenteiliger Befürchtungen konnte Rumänien jedoch seine Auslandsschulden bedienen, und im Juni dieses Jahres genehmigte der Internationale Währungsfonds eine Fristverlängerung für einen Kredit von $ 535 Mill. sowie die Freigabe einer Tranche in Höhe von $ 116 Mill. Dies war die Voraussetzung für weitere multilaterale Mittel. Nach und nach dürfte die Wirtschaft durch die vom IWF geforderte Finanzdisziplin und durch die mittelfristige Entwicklungsstrategie gestärkt werden, die Rumänien im Rahmen seiner EU-Beitrittsverhandlungen eingeleitet hat. Dadurch dürften auch leichter die Ressourcen aufzubringen sein, die erforderlich sind, um im Verteidigungssektor die als Vorbereitung auf eine mögliche NATO-Mitgliedschaft festgelegten Reformziele zu erreichen.

Im Januar 1994 war Rumänien das erste Land, das dem NATO-Programm der Partnerschaft für den Frieden beitrat. Seither zählt es zu den aktivsten Teilnehmern der PfP-Übungen und -Aktivitäten sowie der politischen Konsultationen und Kooperationsinitiativen des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats. Die Beteiligung an diesen beiden Foren wird als guter Ausgangspunkt für die NATO-Mitgliedschaft sowie als Möglichkeit betrachtet, regionale Sicherheitsprobleme durch die Ausbreitung der Kooperationsformen der NATO zu bewältigen.

Im Allgemeinen genießen die rumänischen Bestrebungen im Hinblick auf die NATO-Mitgliedschaft die breite Unterstützung des Parlaments und der Öffentlichkeit. Man ist sich aber vielleicht noch nicht der ganzen Tragweite der als Vorbereitung auf die Mitgliedschaft erforderlichen Re-

Radu Bogdan leitet die englischsprachige Bukarester Tageszeitung „Nine O‘ Clock“.

formen bewusst, was schließlich doch zu einem gewissen Widerstand führen könnte. Der parteiübergreifende Konsens zugunsten der NATO und ihrer Maßnahmen litt unter den wirtschaftlichen Folgen der Kosovo-Krise und vor allem unter der Donaublockade. Darüber hinaus sprachen sich einige Teile der Bevölkerung gegen die Luftoperationen der NATO aus.

Trotz des politischen Risikos hielt die rumänische Regierung an der Unterstützung für die NATO-Staaten fest. Wie der rumänische Außenminister Petre Roman erklärte, bewies Rumänien seine Solidarität mit der NATO, indem es bestimmte Risiken gemeinsam mit den Bündnispartnern einging. Es gewährte der NATO unbeschränkten Zugang zu seinem Luftraum, errichtete neue Kanäle für die Kommunikation mit dem Bündnis, gewährte den NATO-Truppen Transitrechte und ließ NATO-Ausrüstung für die Luftraumkontrolle in seinem Hoheitsgebiet stationieren.

Eine Lehre aus der Kosovo-Krise besteht darin, dass die Sicherheit Europas unteilbar ist und die neuen Gefahren für die Stabilität nur durch gemeinsame Anstrengungen beseitigt oder zumindest in Grenzen gehalten werden können. Die Krise und ihre Folgen, einschließlich der Dislozierung der KFOR-Friedenstruppen unter der Leitung der NATO, haben zudem den Wert der regionalen Sicherheitszusammenarbeit unter der Ägide des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats und der Partnerschaft für den Frieden erwiesen und zudem erkennen lassen, dass ihr Potential weiter ausgebaut werden muss. Die Lösung der Krise wäre nämlich ohne die Beiträge der Staaten der Region schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich gewesen.

In jeder Region wären Konflikte in der Art der Kosovo-Krise weniger wahrscheinlich, wenn dort euro-atlantische Verhaltensmuster einer berechenbaren Innen- und Außenpolitik fester verwurzelt wären. Die Frage einer erneuten Erweiterung der NATO sollte daher als Teil einer umfassenderen Strategie zur Förderung von Stabilität und Demokratie in Mittel- und Südosteuropa wie auch in den angrenzenden Regionen betrachtet werden. Schon jetzt hat die Aussicht auf eine euro-atlantische Integration dazu beigetragen, die Demokratie zu fördern und die Wirtschaftsreformen in den beitrittswilligen Staaten einschließlich Rumäniens zu beschleunigen. Ferner hat sie die inner- und zwischenstaatlichen Formen der Zusammenarbeit und des Dialogs in einer Region gefördert, die allzu oft unter der Last überkommener Feindschaften gelitten hat.

Dank des NATO-Aktionsplans zur Mitgliedschaft, der im April 1999 auf dem Washingtoner Gipfel in die Wege geleitet wurde, verfügen Rumänien und einige andere beitrittswillige Staaten nun über einen Fahrplan für ihre Vorbereitungen auf die mit einer NATO-Mitgliedschaft verbundenen Rechte und Pflichten.

Die neun daran beteiligten Staaten – Albanien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien[1], Rumänien, die Slowakische Republik und Slowenien – haben alle ein nationales Jahresprogramm zur Vorbereitung auf eine mögliche Mitgliedschaft vorgelegt, das die Bereiche Politik und Wirtschaft, Verteidigung/Militär, Ressourcen und Sicherheit sowie rechtliche Fragen abdeckt. Jedes Land setzt seine Ziele und Arbeitspläne selbst fest, und die NATO verfolgt als politischer und fachlicher Berater die erzielten Fortschritte.

Obwohl die Teilnahme am Aktionsplan keine Gewähr für die künftige Mitgliedschaft bietet, verleiht dieser Plan der NATO-Politik der offenen Tür konkreten Ausdruck und verpflichtet die Bündnispartner, beitrittswilligen Staaten auf dem Weg in die NATO Hilfestellung zu leisten.

Rumänien hat sich dieser Herausforderung entschlossen gestellt. Mit Hilfe des Jahresprogramms zur Vorbereitung auf die Mitgliedschaft wird eine Rationalisierung der Arbeit und die angesichts knapper Ressourcen erforderliche Festlegung von Prioritäten erreicht. Zudem ist das rumänische PfP-Aktivitätsprogramm diesem Prozess so angepasst worden, dass es ihn unterstützen kann.

Dem Parlament ist eine nationale Sicherheitsstrategie vorgelegt worden, die den wichtigsten Bestimmungen der

© Reuters

Gemeinsamkeit angesichts von Risiken: Laut Petre Roman hat Rumänien seine Solidarität mit der NATO dadurch bewiesen, dass es sich gewissen Gefahren gemeinsam mit den NATO-Staaten gestellt hat.

Dokumente des Washingtoner NATO-Gipfels Rechnung trägt. Die Durchführung des für mehrere Jahre geltenden Rahmenplans zur Verteidigungsreform wurde 1999 bereits vom Parlament gebilligt. Dieser Zweistufenplan verlangt eine Umstrukturierung der Streitkräfte bis zum Jahr 2003 und eine Modernisierung der Ausrüstung bis 2007. Die Zahl der Streitkräfte soll bis 2003 von 168 000 auf 112 000 verringert und der Anteil der Berufssoldaten von derzeit 55% auf 71% erhöht werden. Die Streitkräfte sollen nicht nur einen deutlich geringeren Umfang haben, sondern bei einem hohen Grad an Interoperabilität mit den NATO-Streitkräften professioneller und mobiler sein. Als besonders vordringlich gelten der Aufbau von Schnellreaktionskräften und entsprechenden Fähigkeiten (insbesondere von strategischen See- und Lufttransportfähigkeiten) sowie die Vertiefung der Zusammenarbeit mit der NATO im Bereich der Luftverteidigung.

(1)
Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

Nun ist allerdings eine entscheidende Wegmarke erreicht, an der wichtige, aber auch schwierige politische Entscheidungen in Bezug auf die neue Struktur des Verteidigungsministeriums und die Pläne für den Streitkräfteabbau zu treffen sind. Man wird gut darauf achten müssen, die Auswirkungen dieser Umstrukturierung aufzufangen, vor allem durch die Umschulung ehemaliger Offiziere. Zudem wird geprüft, wie das nationale Krisenbewältigungssystem verbessert und im Verteidigungssektor eine Reform des Ressourcenmanagements wie auch der Finanzplanung erreicht werden kann.

Die erste zur Prüfung der rumänischen Fortschritte anberaumte Sitzung mit dem Nordatlantikrat fand am 6. April statt. Der rumänische Außenminister Petre Roman nahm die Rückmeldungen der Bündnispartner zur Kenntnis, die auf die Notwendigkeit verwiesen, zentrale Prioritäten für eine größere Übereinstimmung zwischen den verfügbaren Ressourcen und den Zielen festzulegen sowie eine bessere Gesamtkoordinierung zwischen den verschiedenen Ministerien zu erreichen. Rumänien muss unter Umständen auch bereit sein, seine geplanten Verteidigungsausgaben entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten Jahren zu kürzen. Darüber hinaus ist es angesichts der bevorstehenden schwierigen und häufig unpopulären Entscheidungen dringend erforderlich, dass diese zentralen Reformen von allen Verantwortlichen der nationalen Ebene in ihrer grundlegenden Bedeutung anerkannt werden.

Politisch ist Rumänien seit 1989 weit vorangekommen. Bei der praktischen Umsetzung demokratischer Prinzipien und der Verbesserung der rechtsstaatlichen Ordnung, der Achtung der Menschenrechte und der Politik gegenüber ethnischen Minderheiten (hauptsächlich ungarischer Abstammung oder Roma) sind bedeutende Fortschritte erzielt worden. 1996 wurden sogar Rumänen ungarischer Abstammung in die rumänische Regierung aufgenommen. Es bleibt aber noch viel zu tun; u.a. ist der Kampf gegen das organisierte Verbrechen und die Korruption zu verschärfen.

Eine Lehre aus der Kosovo-Krise besteht darin, dass die Sicherheit Europas unteilbar ist und die neuen Gefahren für die Stabilität nur durch gemeinsame Anstrengungen beseitigt oder zumindest in Grenzen gehalten werden können.

Rumänien hat intensiv darauf hingearbeitet, gute Beziehungen zu seinen Nachbarn herzustellen. Mit Ungarn und Polen sind strategische Partnerschaften vereinbart worden. Trilaterale Vereinbarungen – mit Bulgarien und der Türkei, mit Bulgarien und Griechenland, mit der Ukraine und der Republik Moldau – sind geschlossen worden, um neuen Problemen und Sicherheitsgefahren (z.B. organisierte Kriminalität, internationaler Terrorismus, illegale Einwanderung, Waffen- und Drogenhandel) entgegenzutreten.

Rumänien beteiligt sich aktiv an zahlreichen regionalen Projekten und Kooperationsprogrammen sowie an dem von der EU initiierten Stabilitätspakt für Südosteuropa und an der Südosteuropa-Initiative der NATO; sein Engagement für den Frieden und die Stabilität der Region zeigt sich darüber hinaus an seinem Beitrag zu den unter der Führung der NATO auf dem Balkan eingesetzten Friedenstruppen. Ein Pionierbataillon mit 200 Mann und ein Zug der Multinationalen Sondereinheit sind im Rahmen der SFOR in Bosnien und Herzegowina im Einsatz, und ein Infanteriebataillon ist Teil der strategischen Reserve. Im November 1999 beschloss das rumänische Parlament, neben medizinischem Personal 20 Polizisten und 20 Offiziere in das Kosovo zu entsenden, aber das militärische Personal ist noch nicht eingetroffen.

Die NATO hat zugesagt, den Erweiterungsprozess im Jahr 2002 zu überprüfen. Bis dahin werden natürlich noch viele Fragen zu klären sein. Kann die NATO funktionsfähig bleiben, wenn sie noch mehr Mitglieder aufnimmt? Wie viele Staaten sollen zum Beitritt eingeladen werden, in welcher Reihenfolge und wie schnell?

Dann gibt es noch die leidige Frage, wie der Wunsch, die zum NATO-Beitritt gewillten und fähigen Staaten zu integrieren, mit der Absicht vereinbart werden kann, konstruktive Beziehungen zu Russland herzustellen. Der rumänische Außenminister Petre Roman begrüßte die kürzlich erreichte Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Russland und der NATO im Rahmen des Ständigen Gemeinsamen Rates und erklärte dabei zuversichtlich: „Russland wird mit Hilfe dieses Rates leichter verstehen können, dass die Erweiterung der NATO auf eine Stärkung der Sicherheit und der Zusammenarbeit Europas abzielt und sich eben nicht gegen ein bestimmtes Land richtet.“ Er hob ferner die Entschlossenheit Rumäniens hervor, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um dies auch Russland klarzumachen.

Legitimen Befürchtungen im Zusammenhang mit der Erweiterung wird Rechnung zu tragen sein. Die jüngste Vergangenheit zeigt jedoch sehr deutlich, dass das Bündnis zu Beginn des 21. Jahrhunderts mehr tun muss, als lediglich in seinem eigenen Hoheitsgebiet ein stabiles und sicheres Umfeld zu schaffen. Wenn es dazu in der Lage sein will, so muss es auch im euro-atlantischen Raum insgesamt für Stabilität sorgen. Eine weitere Ausdehnung des Sicherheitsschirms durch die Aufforderung neuer Mitglieder zum NATO-Beitritt – sofern sie die Beitrittsbedingungen erfüllen – wäre dazu eine gute Möglichkeit, die auch der Rolle des Bündnisses als Flaggschiff einer Völkergemeinschaft gerecht würde, die sich auf die Grundsätze der Demokratie, der Freiheit der Person und der Rechtsstaatlichkeit stützt.

Genau dies wollten die Außenminister der neun beitrittswilligen Staaten deutlich zum Ausdruck bringen, als sie am 19. Mai zusammenkamen und die Erklärung von Wilna annahmen. Durch die Beitrittseinladung an diese Staaten – natürlich auf der Grundlage ihres jeweiligen Leistungsstands – wird die NATO mit den Worten des rumänischen Außenministers „eine langfristige Investition zugunsten der Stabilität Europas“ tätigen und somit einen entscheidenden Beitrag zum „Aufbau eines freien, wohlhabenden und ungeteilten Europas“ leisten. ■

Kampfmittelexperten unterstützen Albanien

Richard Williams beschreibt, wie eine Expertengruppe unter der Leitung der NATO Albanien bei der Sicherung von nicht explodierten Kampfmitteln und Sprengstoffen behilflich ist, denen schon Dutzende von Menschen zum Opfer gefallen sind.

© Richard Williams

Zeitbomben: Bei der Ankunft der von der NATO geführten Expertengruppe in Albanien war dort ein Gebiet, dessen Fläche 360 Fußballplätzen entspricht, durch nicht explodierte Kampfmittel verseucht.

Als Albanien im März 1997 im Chaos der Anarchie versank, entwendeten Plünderer mehrere hunderttausend Waffen sowie etwa 20 000 Tonnen Munition und lösten im ganzen Land in zahlreichen Waffenlagern Explosionen aus. Seit 1998 konnten viele Waffen wieder sichergestellt werden, aber das plötzliche Auftauchen so großer Mengen nicht explodierter Kampfmittel verschärfte die ohnehin ernsten und auf die Zeit der internationalen Isolierung Albaniens zurückzuführenden Probleme mit veralteten militärischen Beständen. Da Albanien weder über die nötigen Mittel noch über das technische Know-how zur Bewältigung der Krise verfügte, wandte es sich Hilfe suchend an die NATO und ihr Programm der Partnerschaft für den Frieden.

Das Problem, vor dem Albanien 1997 stand, war in seinem Ausmaß und seiner Art zwar äußerst schwerwiegend, aber Schwierigkeiten mit der Lagerung und Entsorgung von Kampfmitteln gibt es in vielen ehemaligen Ostblockstaaten. Die Lösung, die man schließlich fand und die darin bestand, albanische Offiziere für die Entsorgung explosiver Kampfmittel auszubilden und in Albanien ein entsprechendes Amt einzurichten, könnte daher anderen Staaten mit großen veralteten Kampfmittelbeständen aus der Zeit des Kalten Krieges gut als Modell dienen.

Richard Williams ist Mitarbeiter im Referat für Planung und Politik der NATO-Abteilung für Verteidigungsunterstützung.

Ende 1997 reiste eine von der NATO geführte Gruppe von Kampfmittelexperten aus NATO-Staaten und Partnerländern nach Albanien, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Damals waren in ganz Albanien mehr als 180 ha Land, das entspricht etwa 360 Fußballplätzen, durch nicht explodierte Kampfmittel zu Gefahrenzonen geworden. Darüber hinaus hatten die ersten albanischen Versuche, die gefährlichsten Gebiete wieder zu sanieren, zu mehr als 50 Todesopfern geführt. Nach ihren ersten Untersuchungen beschloss die Gruppe, sich darauf zu konzentrieren, Albaner in denjenigen Verfahren der Wehrmaterialverwaltung und der Entsorgung explosiver Kampfmittel auszubilden, die der Praxis der NATO-Mitgliedstaaten entsprechen.

Zwischen Oktober und Dezember 1998 veranstaltete eine Gruppe von Ausbildern aus NATO-Staaten und Partnerländern für eine Auswahl albanischer Nachwuchsoffiziere intensive Lehrgänge mit praktischen Übungen. Die

Lehrgänge, in deren Rahmen auch echte Sprengstoffe verwendet wurden, sollten den Kursteilnehmern die nötigen technischen Fertigkeiten sowie eine grundlegende Ausbildungskompetenz vermitteln, damit sie auch andere dazu ausbilden konnten, die betroffenen Gebiete zu sanieren sowie Kampfmittelbestände ordnungsgemäß zu verbuchen und zu sichern. Zugleich sollte im Rahmen einer umfassenderen Umstrukturierung der albanischen Streitkräfte veraltetes, schadhaftes und überschüssiges Material für ein Entsorgungsprogramm registriert werden, damit die militärischen Bestände abgebaut und in 60 statt bis dahin 140 Lagern zusammengefasst werden konnten.

Nachdem die erste Generation albanischer Offiziere ihre Ausbildung auf dem Gebiet der Wehrmaterialverwaltung und der Entsorgung explosiver Kampfmittel abgeschlossen hatte, wurde die Albanische Organisation für die Entsorgung explosiver Kampfmittel gegründet; die Leitung übernahm derjenige Offizier, der das NATO-Ausbildungsprogramm mit dem besten Ergebnis absolviert hatte. Die neuen Experten begannen etwa 100 km südlich von der Hauptstadt Tirana in Palikesht mit ihrem ersten Sanierungsprojekt. Wegen des Kosovo-Konflikts war die gerade erst gegründete Organisation jedoch zu verschiedenen Noteinsätzen gezwungen. Sie beseitigte nicht explodierte Kampfmittel in einem Gebiet bei Shkodra, das für ein Flüchtlingslager vorgesehen war, entschärfte im Norden des Landes zahlreiche serbische Blindgänger und vermaß und kennzeichnete von Serben angelegte Minenfelder entlang der Grenze zwischen dem Kosovo und Albanien. Zudem leitete das albanische Verteidigungsministerium eine breit angelegte Informationskampagne unter Flüchtlingen und den im Norden des Landes lebenden Albanern ein, um das Bewusstsein für die Gefahren von Landminen und Blindgängern zu schärfen.

Angesichts der Mengen an Landminen wird Albanien mehr internationale Unterstützung und Mittel benötigen, um die Vernichtung der Bestände abzuschließen.

Mit Unterstützung der NATO sind das Albanische Minenräumkomitee und das Albanische Minenräumkommando eingerichtet worden, die nun die Vermessungs-, Kennzeichnungs- und Registrierungsarbeit für Minenfelder fortführen. Ihre wichtigste Aufgabe besteht allerdings darin, potentiellen Geberstaaten als albanische Institutionen erste Informationen über die betroffenen Gebiete zur Verfügung zu stellen und die Minenräumaktionen langfristig zu koordinieren.

Im Oktober 1999 wurde die Räumung nicht explodierter Kampfmittel in Palikesht abgeschlossen, und insgesamt konnten bisher 260 Tonnen Kampfmittel ohne jeden tödlichen Zwischenfall entsorgt werden, so dass nun 45 ha Land wieder nutzbar sind. Nicht weit davon entfernt wurde bei Mbreshtan ebenfalls ein Entsorgungsprojekt abgeschlossen; dort waren die Experten mit dem zusätzlichen technischen Problem konfrontiert, dass sie sich Zugang zu instabil gelagerten Gefechtsköpfen verschaffen mussten, die unter dem Schutt eingestürzter Lagergebäude begraben waren.

Albanien ratifizierte vor kurzem das Übereinkommen von Ottawa über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung, das im Februar 1999 in Kraft trat. Daher ist Albanien verpflichtet, seinen gesamten Bestand von schätzungsweise 1,6 Mill. Antipersonenminen innerhalb von vier Jahren zu vernichten. Derzeit wird mit Unterstützung der NATO-Expertengruppe ein Pilotprojekt für „Pioniereinsätze im Rückwärtsgang“ entwickelt, das auf eine Zerlegung von Landminen abzielen wird, so dass die gefährlichen Komponenten abgetrennt und zerstört werden können und sich der Rest als recycelbarer Schrott verwerten lässt. Da es in Albanien um so enorm große Mengen geht, wird dieses Land jedoch mehr internationale Unterstützung und finanzielle Hilfe benötigen, um seine Bestände zu beseitigen.

Ein weiteres Problem, das während der ersten Untersuchungen zutage trat, betrifft Treibmittel, die aufgrund ihres Alters nicht mehr völlig in Ordnung sind, so zu Instabilität führen und in albanischen Depots gefährliche spontane Explosionen verursachen könnten.

Von etwa 125 000 Tonnen Kampfmitteln sind 90% älter als 30 Jahre. Mehr als 30 000 Tonnen beschädigtes, veraltetes und überschüssiges Material, darunter 2 230 Tonnen Antipersonenminen sind bereits zur vorrangigen Entsorgung registriert worden. Wegen der ernsten Gefahr, die von derart großen Mengen potentiell instabiler Kampfmittel ausgeht, hat die NATO eine Durchführbarkeitsstudie im Hinblick auf den Bau einer Spezialanlage zur Entsorgung von Kampfmitteln vorgeschlagen. Dieses Projekt, das noch in der Schwebe ist und internationale finanzielle Unterstützung erfordern würde, könnte auch anderen Staaten Südosteuropas, die mit ähnlichen Problemen kämpfen, zugute kommen.

Die albanischen Streitkräfte müssen die Verwaltung ihrer Kampfmittelbestände dringend verbessern, um ernste Sicherheits- und Kontrollprobleme lösen zu können. Als 1997 das Chaos ausbrach, wurden zahlreiche Verzeichnisse und Listen der Streitkräfte vernichtet. Die NATO-Experten haben daher eng mit albanischen Wehrbestandsexperten zusammengearbeitet, um das militärische Material zu erfassen; diese Arbeit wurde Mitte dieses Jahres abgeschlossen. Anhand der gesammelten Daten wird man die Pläne für den weitgehenden Abbau der Kampfmittelbestände und die Konsolidierung der militärischen Depots (manche von ihnen liegen gefährlich nah an Wohngebieten) fertig stellen können.

Albanien, das nun versucht, diese Probleme der Kampfmittelverwaltung und -entsorgung mit Hilfe seines Entmilitarisierungsprogramms zu lösen, hat einen sehr steinigen Weg vor sich. Das enorme Ausmaß der Aufgabe bedeutet, dass die albanischen Streitkräfte ohne ausländische Unterstützung mehr als 30 Jahre brauchen würden, bevor sie fertig wären. Folglich wird internationale finanzielle Unterstützung erforderlich sein. Dank des PfP-Programms und der einzigartigen Zusammenarbeit, die zwischen der NATO-Expertengruppe und den albanischen Spezialisten möglich wurde, geht Albanien jedoch im Bereich der Verwaltung von Kampfmitteln einer autarken Zukunft entgegen. ■

Militärische Ausbildung für das 21. Jahrhundert

Chris Donnelly analysiert die Schwierigkeiten, mit denen die Streitkräfte aller europäischen Staaten zu Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert sind, und konzentriert sich dabei auf die Armeen Mittel- und Osteuropas, bei denen Reformen am dringendsten geboten sind.

© NATO

Unruhige Zeiten: Heutzutage müssen Soldaten für ein breites Spektrum schwieriger Situationen ausgebildet werden.

Die meisten europäischen Staaten stehen vor dem gleichen Sicherheitsproblem. Die Streitkräfte, die sie jetzt haben – und unter erheblichen Kosten aufrechterhalten – , sind für viele der Gefahren ungeeignet, mit denen Europa heute konfrontiert ist und wohl auf absehbare Zeit konfrontiert sein wird. Dies ist sowohl für die NATO-Mitglieder als auch für die Partnerstaaten ein großes Dilemma, und daher sind sie daran interessiert, es gemeinsam zu lösen.

Durch die Kosovo-Krise ist alles ans Licht gekommen. Obwohl Europa über mehr als zwei Millionen Soldaten verfügt und weniger als zwei Prozent davon auf dem Balkan im Einsatz sind, haben sich die Friedensoperationen für die nationalen Verteidigungssysteme als eine enorme Belastung erwiesen. Trotz hoher Verteidigungsausgaben fehlt es Europa an manchen grundlegenden militärischen Fähigkeiten, und eine effiziente Entsendung von Truppen ins Ausland ist ohne amerikanische Unterstützung nicht möglich. Hier ist eindeutig etwas verkehrt.

Die Medien haben sich bei ihrer Analyse der europäischen Sicherheitsdefizite fast ausschließlich darauf konzentriert, dass sich Europa, um mit amerikanischen Fähigkeiten Schritt halten zu können, hochmoderne Ausrüstung beschaffen müsse oder dass man einen europäischen Nachrichtendienst, ein Hauptquartier für das Eurokorps, bessere Führungs- und Kommunikationssysteme und ein großes Transportflugzeug brauche. Die Lage ist jedoch komplexer. Will man die militärischen Erfordernisse des 21. Jahrhunderts verstehen, so muss man vor allem prüfen, welcher Art die Gefahren in Europa sind und auf welche Weise man ihnen entgegentreten kann.

Obgleich ein regionaler Krieg wie auf dem Balkan weiterhin möglich ist, stellt eine massive Invasion oder ein totaler Krieg heute für den Osten wie für den Westen keine reale Gefahr mehr dar. Stattdessen sind im heutigen Europa die meisten Gefahren für die nationale Sicherheit nichtmilitärischer Art. Sie können sich aus wirtschaftlichen Problemen, ethnischen Gegensätzen oder aus unsicheren und unzureichend kontrollierten Grenzen ergeben, die illegale Einwanderung und Schmuggel ermöglichen. Sie können aber auch mit organisierter Kriminalität und Korruption zusammenhängen, die beide eine internationale Dimension haben und die Entwicklung einer gesunden Demokratie und Marktwirtschaft behindern. Besondere Herausforderungen bilden darüber hinaus die Verbreitung militärischer bzw. militärisch und zivil verwendbarer Technologien einschließlich chemischer, biologischer und nuklearer Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel sowie die Revolution auf dem Gebiet der Informationstechnologien.

Während nationale Sicherheit noch vor zehn Jahren in erster Linie mit dem Maßstab militärischer Macht gemessen wurde, ist militärische Stärke heute nur eins von mehreren Kriterien, und für die meisten Staaten zählt sie sogar zu den weniger relevanten Aspekten. Die meisten der oben genannten Ge-

Chris Donnelly ist Sonderberater der NATO für Mittel- und Osteuropa. Die dargelegten Ansichten bringen seine persönliche Meinung und nicht die Position der NATO oder ihrer Mitgliedstaaten zum Ausdruck.

fahren erfordern eben keine traditionelle militärische Reaktion, sondern Investitionen in das Innenministerium eines Landes, in seine Grenz- und Zollbeamten sowie in seine Instrumentarien zur Bewältigung von Krisen. In dem Maße, wie Investitionen zugunsten der inneren Sicherheit zunehmen, wird der Druck auf die Verteidigungshaushalte jedoch nur noch größer. In manchen Fällen kann es daher völlig verfehlt sein, Staaten zur Erhöhung ihrer militärischen Ausgaben zu drängen, wenn sie nicht Soldaten, sondern vielmehr Polizisten brauchen, um sowohl ihre eigene Sicherheit gewährleisten als auch zu internationalen Sicherheitsoperationen beitragen zu können.

Die Erfahrung zeigt, dass Soldaten, die heute zur Bewältigung einer Sicherheitsgefahr eingesetzt werden, mehr können müssen, als bloß zu kämpfen. Die Friedensoperationen in Bosnien und Herzegowina wie auch im Kosovo haben deutlich gemacht, dass Soldaten neben der Fähigkeit zu Kampfeinsätzen über eine ganze Reihe von Qualifikationen verfügen müssen, um ein breites Spektrum schwieriger und anspruchsvoller Aufgaben wahrnehmen zu können – vom Diplomaten über den Polizisten und Vermittler bis hin zum Sanitäter, Krankenhausmanager und kommunalen Verwaltungsexperten.

Zwei weitere Aspekte können hinzugefügt werden. Erstens kommen die heutigen Soldaten wahrscheinlich außerhalb ihres Heimatlandes zum Einsatz, und zweitens werden sich wahrscheinlich neue Aufgaben ergeben, die heute noch gar nicht absehbar sind. Von den Streitkräften der Zukunft wird man daher ein weitaus größeres Spektrum von Fähigkeiten verlangen müssen als von ihren Vorgängern. Ein Soldat wird über mehr Flexibilität sowie eine bessere praktische und theoretische Ausbildung verfügen müssen, und es muss möglich sein, Streitkräfte zur Herbeiführung einer Entscheidung rasch ins Ausland zu entsenden und Auslandsoperationen über längere Zeit aufrechtzuerhalten. Dies erfordert sowohl ein Umdenken in Sicherheitsfragen als auch Änderungen in Bezug auf die Sicherheitsinvestitionen insgesamt.

Das Umdenken ist bereits im Gange. Die Einsicht in die Notwendigkeit, europäische Streitkräfte ohne übermäßige Abhängigkeit von amerikanischer Unterstützung jenseits der Grenzen einsetzen zu können, zu deren Verteidigung sie sich verpflichtet haben, gab den Anstoß zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität. Bei diesem Programm zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten Europas geht es nicht bloß um neue Ausrüstung, neue Führungs- und Kommunikationssysteme oder um neue logistische Vorkehrungen. Es geht auch um die Fertigkeiten und Qualifikationen der Soldaten selbst.

Stellt man die europäischen Streit- und Sicherheitskräfte auf den Prüfstand, so wird ein Manko deutlich. Am Ende des Kalten Krieges verfügten die meisten europäischen Staaten über relativ umfangreiche Streitkräfte, die sich auf das Prinzip der Wehrpflicht stützten und das nationale Hoheitsgebiet verteidigen sollten. Neutrale Staaten wie Finnland und die Schweiz mussten zur Sicherung der Glaubwürdigkeit ihrer Verteidigung große militärische Strukturen aufrechterhalten, die zu eigenständigen Operationen in der Lage sein sollten. Unter dem nuklearen Schutzschild der Vereinigten Staaten konnten es sich die NATO-Mitglieder dagegen leisten, weniger auszugeben und weniger umfangreiche Armeen zu haben, ohne auf eine glaubwürdige Verteidigung zu verzichten. Trotz der zunehmenden Tendenz zur militärischen und industriellen Integration wie auch zu multinationalen militärischen Strukturen hat jedes NATO-Mitglied jedoch weitgehend seine nationale Kommandostruktur, sein nationales Wehrbeschaffungssystem und seine nationalen Regeln für die Gewichtung der Teilstreitkräfte bewahrt. Daher gab es nie die Einspareffekte, die in einem großen nationalen System wie in den Vereinigten Staaten oder aber in einem System mit einer vollständig integrierten und standardisierten Struktur möglich sind, wie es dem Warschauer Pakt von der Sowjetunion aufgezwungen wurde.

In den letzten zehn Jahren haben die meisten europäischen Staaten ihren Verteidigungshaushalt und den Umfang ihrer Streitkräfte erheblich verringert. Viele müssen jedoch noch eine grundlegende Strukturänderung vornehmen. Statt umfangreicher nationaler Streitkräfte, die sich aus Wehrpflichtigen zusammensetzen, haben sie nun weniger umfangreiche Armeen. Aus verschiedenen politischen und finanziellen Gründen verfügen diese Streitkräfte zudem über geringere Fähigkeiten. Der Wehrdienst ist z.B. verkürzt worden. Die Ausrüstung wurde nicht modernisiert. Kampfmittelbestände ließ man schrumpfen. Im Ausbildungsbereich wurde gekürzt. Somit sind die Streitkräfte der europäischen NATO-Mitglieder jetzt von amerikanischen Technologien zur Vervielfachung der militärischen Schlagkraft abhängig.

Da ein Konflikt als wenig wahrscheinlich galt und die Abschreckung von deutlichen politischen und militärischen Signalen abhing, war die Demonstration militärischer Stärke für die europäischen NATO-Mitglieder wichtiger als der Ausbau der realen Gefechtsfähigkeit. Dies führte zu einer Beschaffungspolitik, die der Struktur der Streitkräfte mehr Bedeutung beimaß als deren tatsächlichen Fähigkeiten. Es war beispielsweise wichtiger ein Flugzeug zu erwerben, als sich die Systeme zu beschaffen, durch die es einsatzfähig wurde. Der rasche technische Fortschritt und institutionelle Sachzwänge verschärften diese Entwicklung.

Für die Staaten Mittel- und Osteuropas sind seit 1990 insbesondere drei Probleme von Bedeutung. Erstens haben sie überaus umfangreiche Verwaltungs-, Kommando- und Ausbildungsstrukturen beibehalten, die einen unverhältnismäßig hohen Anteil des Verteidigungshaushalts verschlingen. Zweitens fehlt diesen Staaten ein modernes, effizientes und transparentes Personalsystem, da sie stattdessen an einem Modell aus der Zeit des Warschauer Paktes festgehalten haben. Dieser institutionelle Faktor ist für den Reformprozess wahrscheinlich das größte Einzelhindernis, da es ohne ein derartiges System keine Möglichkeit gibt, diejenigen zu bewerten, zu belohnen, zu befördern bzw. in Schlüsselpositionen einzusetzen, die den Wandel beschleunigen und neue Ideen auch umsetzen können.

Drittens leiden diese Staaten an der mangelnden Fähigkeit ihrer Regierung, eine Verteidigungspolitik zu konzipieren und die Verteidigungsplanung sowie die Krisenbewältigung zu gewährleisten. Als ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes oder Teilrepubliken der Sowjetunion konnten sie nämlich keine nationalen Systeme zur Kontrolle ihrer Streitkräfte entwickeln. Es dauert aber viele Jahre, sich die dazu nötigen Kenntnisse anzueignen. Daher ist in den meisten Staaten Mittel- und Osteuropas eine grundlegende Änderung der militärischen Kultur erforderlich, wenn diese Staaten Streitkräfte aufbauen wollen, die zur Wahrnehmung derjenigen Aufgaben geeignet sind, die – wie die Kosovo-Krise zeigt – wahrscheinlich in den nächsten zehn Jahren für die Sicherheit Europas relevant sein werden.

Viele der neuen militärischen Aufgaben verlangen keine klassischen soldatischen Fertigkeiten, sondern könnten besser von Polizisten bewältigt werden. In manchen Fällen könnte also eine Gendarmerie besser geeignet sein als eine Armee. Auf jeden Fall besteht heute im Kosovo ein Mangel an Polizeikräf-

ten dieser Art. Sind mehr Soldaten erforderlich, so handelt es sich eher um Fernmelde- und Pioniereinheiten oder um psychologisch geschulte Offiziere als um Infanterie- oder Artillerieeinheiten. Soldaten wird man immer brauchen, aber nicht alle, die im Rahmen solcher Operationen gebraucht werden, müssen Soldaten sein. Es ist zweifellos am besten, Soldaten nicht eine übergroße Last ziviler Aufgaben aufzuerlegen. Es ist aber auch klar, dass dann bei Friedensoperationen die zur Wahrnehmung dieser Aufgaben erforderlichen Strukturen fast gleichzeitig mit den Streitkräften zu dislozieren sind.

In den Augen vieler Experten, insbesondere im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten, ist eine Armee aus Berufssoldaten die Lösung für die Sicherheitsprobleme des 21. Jahrhunderts. Dies mag für große, reiche Staaten stimmen, insbesondere wenn sie durch Meere von jedem potentiellen Feind getrennt sind. Für kleine und vor allem für ärmere Länder wäre dies aber mit ernsten finanziellen Problemen verbunden. Also können sich Staaten, die eine große Wehrpflichtigenarmee aufstellen können, vielleicht nur eine sehr geringe Anzahl gut ausgerüsteter Berufssoldaten leisten. Drei Faktoren tragen zu diesen sehr hohen Kosten für Berufssoldaten bei: das Personal, die Ausrüstung und das Erfordernis der Durchhaltefähigkeit.

Personal: Wehrpflichtige kosten relativ wenig. Für sie reicht ein niedriger Lebenstandard, und sie brauchen wenig Unterstützung, da sie weder Frau und noch Kinder bei sich haben. Darüber hinaus stehen sie jederzeit zur Verfügung, weil sie wenig Urlaub bekommen. Berufssoldaten müssen dagegen einen konkurrenzfähigen Sold erhalten und brauchen angemessene Wohnungen und sonstige Infrastruktureinrichtungen für ihre Familien, damit sie die Streitkräfte nicht auf der Suche nach besseren Bedingungen verlassen. Zudem gelten für Berufssoldaten vernünftige Urlaubsregelungen, und an Ausbildungskursen und ähnlichen Veranstaltungen nehmen sie auf Kosten der Verfügbarkeit während ihrer Dienstzeit teil.

Die Friedensoperationen haben deutlich gemacht, dass Soldaten über eine ganze Reihe von Qualifikationen verfügen müssen, um ein breites Spektrum schwieriger und anspruchsvoller Aufgaben wahrnehmen zu können.

Die Erfahrungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, die beide Berufsarmeen haben, lassen eine hohe Fluktuationsrate erkennen. Zudem haben die meisten Berufsarmeen ein auf den einzelnen Soldaten ausgerichtetes Rotations- und Ablösungssystem. Dies hat negative Auswirkungen, da es so fortlaufend zu personellen Veränderungen kommt und die jährliche Fluktuation häufig über 50% liegt. Dieses System verringert auch den Zusammenhalt kleiner Einheiten und beeinträchtigt daher die Einsatzbereitschaft. Es ist schwierig eine Einheit für einen längeren Einsatz aus einzelnen Soldaten zusammenzustellen, denen allen erst nach mehr als neun Monaten eine neue Aufgabe übertragen werden kann. Dagegen haben viele Armeen, die sich auf Wehrpflichtige stützen, ein auf ganze Einheiten ausgerichtetes Rotations- und Ablösungssystem. Dies führt zu austauschbaren Gruppen, Zügen und Kompanien, die durch einen starken Zusammenhalt gekennzeichnet sind, und es erhöht den Zusammenhalt kleiner Einheiten, was zu einer relativ hohen Einsatzbereitschaft führt, sobald die Einheiten einmal aufgestellt und ausgebildet worden sind.

Wehrpflichtige können daher, wenn sie gut ausgebildet sind und gut geführt werden, auch gute Soldaten sein. Während es verhältnismäßig leicht ist, Wehrpflichtige im Hinblick auf bestimmte Fertigkeiten zu drillen, ist es allerdings schwieriger, sie für eine Vielzahl von Situationen angemessen auszubilden; wird ein breites Spektrum von Fertigkeiten verlangt, so sind sie selten für alle Gebiete gleich gut geeignet. Reservisten können dagegen zusätzliche Qualifikationen aus ihren zivilen Berufen einbringen. Bei ihnen besteht das größte Problem in der Aufrechterhaltung der Gefechtsfähigkeit. Ein weiteres Problem ergibt sich, wenn die Streitkräfte eines Landes abgebaut werden müssen, sich aber weiterhin auf das Prinzip der Wehrpflicht stützen. Entweder muss dann die Zeit des Wehrdienstes verringert werden, oder für die Wehrpflicht sind bestimmte Auswahlkriterien einzuführen. Ersteres verringert die Leistungsfähigkeit, und Letzteres führt zu sozialen Spannungen. Es ist also an der Zeit, eine alternative Wehrdienstform einzuführen, in der die Vorteile der beiden genannten Systeme miteinander verbunden werden.

Ausrüstung: In den letzten 30 Jahren sind Waffen und Ausrüstung stetig verbessert worden, aber ihre Kosten sind weitaus schneller gestiegen als die Inflationsraten. Folglich verdoppeln sich im Zuge der Modernisierung von Streitkräften, wenn diese den gleichen Umfang behalten, die realen Beschaffungskosten als Prozentsatz des Gesamthaushalts etwa alle 18 Jahre. Soll der Anteil des Bruttoinlandsprodukts, der für Verteidigungszwecke bereitgestellt wird, konstant bleiben und nimmt das BIP nicht jedes Jahr real beträchtlich zu, so führen die hohen Beschaffungskosten unweigerlich zu einem Streitkräfteabbau. Dies ist der wichtigste Grund für Überprüfungen des Verteidigungssektors eines Landes. Ein Politiker mit Parolen wie „schlanker ist fitter“ und „kleiner ist besser“ macht einfach nur aus der Not eine Tugend.

Durchhaltefähigkeit: Um die operative Durchhaltefähigkeit moderner Armeen zu gewährleisten, braucht man erfahrungsgemäß bei Landstreitkräften mindestens dreimal so viel Personal wie in den tatsächlich dislozierten Bataillonen eingesetzt wird. Die Entsendung von 60 000 Mann erfordert daher insgesamt etwa 200 000 Mann. Dazu braucht man noch einmal ebenso viel Personal zur Sicherung der unterstützenden Infrastruktur. Der Aufbau einer modernen Berufsarmee verlangt also mindestens fünf oder sechs Mann für jeden tatsächlich dislozierten Soldaten.

In dem Maße, wie die Streitkräfte flexibler und vielseitiger werden müssen und ihre Durchhaltefähigkeit auch im Ausland gewährleistet werden soll, steigen ihre Kosten an und verringert sich der Umfang der Truppen, die sich ein Staat leisten kann. Die Kosten zur Aufrechterhaltung solcher Streitkräfte, die wahrscheinlich entweder als Friedenstruppen oder in regionalen Kriegen eingesetzt werden müssen, können sogar höher sein als die Kosten, die während des Kalten Krieges mit der Beibehaltung einer Wehrpflichtigenarmee verbunden waren.

Einsparungen sind durch sorgfältiges Haushalten möglich. Einem Staat entstehen häufig aus politischen Gründen zusätzliche Kosten, wenn er z.B. sein eigenes Flugzeug herstellt, statt ein preiswerteres ausländisches Modell zu erwerben. Der Spielraum für Einsparungen ist jedoch begrenzt. Letztendlich sind moderne Streitkräfte teuer, und Berufsarmeen sind noch weitaus teurer als Wehrpflichtigenarmeen. All dies bedeutet für die kleineren Staaten Europas ein besonders schwerwiegendes Problem. Wenn hohe Kosten einen Streitkräfteabbau erfordern,

werden diese Staaten nämlich rasch den Punkt erreichen, an dem sie wegen der bei einem geringen Streitkräfteumfang unverhältnismäßig hohen Kosten keine modern ausgerüstete Armee mehr finanzieren können. Genauso wenig werden sie die Ausgewogenheit ihrer Teilstreitkräfte sicherstellen können, die nötig ist, wenn eine Armee alle Aufgaben der Landesverteidigung wahrnehmen können soll. Je geringer der Streitkräfteumfang ist, desto größer ist zudem der Anteil des Haushalts, der vom Verteidigungsministerium und der Führungsinfrastruktur verschlungen wird.

Ohne es zu wollen, verschärfen manche Staaten, die der NATO beitreten möchten, das Problem noch mehr. Bittet man um die Bereitstellung gut ausgebildeter Streitkräfte für von der NATO geführte Operationen wie im Kosovo, so drängt man Staaten dazu, wenig umfangreiche, aber qualifizierte Einheiten aufzustellen. Solche Einheiten sind jedoch so teuer, dass der betreffende Staat vielleicht seine knappen Ressourcen von einer auf die Landesverteidigung ausgerichteten Truppe abziehen muss. Daher kann die Vorbereitung auf einen NATO-Beitritt unter Umständen die unabhängige Verteidigungsfähigkeit eines Staates beeinträchtigen. Angesichts der fehlenden Gewähr für eine künftige Mitgliedschaft ist eine solche Politik also immer ein riskantes Spiel.

Manchen Beobachtern zufolge brauchen die Streitkräfte der mittel- und osteuropäischen Staaten einen starken Kern zuverlässiger und gut ausgebildeter Unteroffiziere. In der Praxis ist das aber nicht leicht durchführbar. Armeen spiegeln die sozialen Schichten einer Gesellschaft wider. Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten haben z.B. eine lange Mittelstandstradition – der Vorarbeiter, der selbständige Landwirt, der Ladenbesitzer, der kleine Geschäftsmann. Im zivilen Bereich verfügen diese Leute über die zur Übernahme von Verantwortung erforderliche Unabhängigkeit, Initiative und Ausbildung, die dann auch dem militärischen Sektor zugute kommen kann. Da diese Gesellschaftsschicht in Mittel- und Osteuropa wegen des kommunistischen Erbes nur schwach vertreten ist, sind die Voraussetzungen für Unteroffiziere nach westlichem Muster nicht unbedingt gegeben.

Im Laufe der Zeit sollte es jedoch möglich werden, diese Führungsstufe auszubauen. Schließlich werden heute sowohl in Großbritannien als auch in Deutschland die Grundlagen für die Unteroffiziersstruktur durch die Aus- und Fortbildung innerhalb der Streitkräfte selbst geschaffen. In Mittel- und Osteuropa müssen entsprechende Maßnahmen aber auch mit einer kulturellen Entwicklung verbunden sein, damit die militärische Führung dazu bereit ist, der Unteroffiziersebene einen Teil ihrer Befugnisse zu übertragen. Ein interessantes Beispiel ist hier die Umwandlung ostdeutscher Offiziersränge in höhere Unteroffiziersränge der Bundeswehr.

Die Methoden, mit denen Regierungen beurteilen, welche Streitkräfte sie für welche Gefahren brauchen, sind in Mittel- und Osteuropa ein Problem, da die dortigen Regierungen unter dem Kommunismus für solche Aufgaben gar nicht zuständig waren. Wichtige Entscheidungen wurden in der Regel in Moskau getroffen und über Parteikanäle weitergeleitet, so dass die Regierungen auf diesem Gebiet nur sehr geringe Kenntnisse hatten. Zudem wussten Zivilisten sogar in der Sowjetunion so wenig über militärische Angelegenheiten, dass in Wirklichkeit das Militär alles bestimmte. Es gab keine echte Kontrolle der Verteidigungspolitik durch eine zivile Regierung, und die zivile Regierung war auf dem Gebiet der Verteidigungsplanung einfach nicht kompetent.

Die Folgen davon zeigen sich heute im neuen Nationalen Sicherheitskonzept Russlands. Hierbei handelt es sich um eine Liste aller möglichen Gefahren, die von allen mit Sicherheitsfragen befassten Ministerien und Ämtern erstellt worden ist. Es ist eine Sammlung von Fakten, aber es werden keine Prioritäten genannt oder Gefahren auf ihre Wahrscheinlichkeit hin geprüft, so dass die Liste als Instrument der politischen Planung wenig hilfreich ist. Will man eine Analyse vorlegen, die als Grundlage sachgerechter Entscheidungen dienen kann, so braucht man ein Informationssystem, das sich auf ein möglichst breites Spektrum sowohl öffentlicher als auch geheimer Quellen stützen kann. Westliche Nachrichtendienste können dies. In vielen mittel- und osteuropäischen Staaten operieren die Nachrichtendienste jedoch immer noch wie geschlossene Gesellschaften. Öffentliche Informationen, ein gutes Auswertungssystem sowie Politiker und staatliche Bedienste mit der nötigen Ausbildung sind heute unerläßlich, wenn nachrichtendienstliche Erkenntnisse richtig genutzt werden sollen. Bei den neuen Demokratien ist in vielen Fällen noch nicht klar, wie lange sie brauchen werden, bis sie dieses besondere Attribut einer modernen Gesellschaft entwickelt haben.

Alle europäischen Staaten stehen heute bezüglich der Reform des Verteidigungssektors vor sowohl großen als auch drängenden Problemen. Für die Staaten Mittel- und Osteuropas, die unter der Erblast des Warschauer Paktes oder des sowjetischen Systems leiden, sind es extrem große Probleme, und je kleiner das Land ist, desto schwieriger ist ihre Lösung. Die Schwierigkeiten sind so akut, dass man sich wirklich sofort über die Notwendigkeit klar werden sollte, ihnen mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Es gibt zwar keine Patentrezepte, aber Fortschritte werden wahrscheinlich mehr Transparenz bei der Verteidigungsplanung sowie ein gemeinsames Vorgehen erfordern. In den meisten Staaten sind schwierige Entscheidungen zu treffen, und Lösungsmodelle, die bisher tabu waren (wie z.B. die Spezialisierung kleinerer Staaten auf bestimmte Funktionen – d.h. eine militärische Aufgabenteilung), werden nun in Erwägung zu ziehen sein. Eine Teillösung könnte in der Regionalisierung bestehen, so dass mehrere Staaten ihre Streitkräfte zusammenlegen und sich jeweils auf bestimmte Bereiche spezialisieren. Das Beispiel der Beneluxstaaten wäre hier als Präzedenzfall zu nennen. Welche Strategie man auch verfolgt, die Gewährleistung der nationalen Sicherheit durch Bündnisse stellt die einzige vernünftige Möglichkeit dar, und alle mit diesen Fragen befassten internationalen Institutionen – die NATO, die EU und die OSZE – sind hier an Zusammenarbeit interessiert. ■

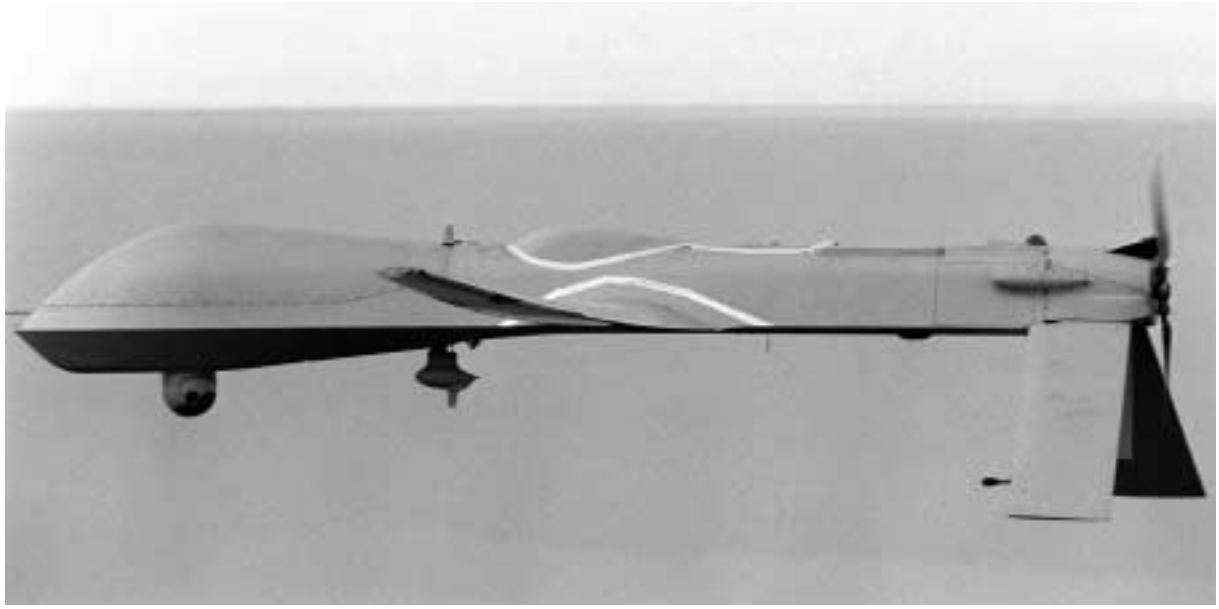
• • •

Der Verfasser dankt folgenden Personen für ihre außerordentliche Hilfe bei der Abfassung dieses Beitrags: Ken Brower, Sir John Walker, Manfred Diehl, Will Jessett, Peter Svec, Dave Clarke, Efrem Radev und Witek Nowosielski.

Eine ausführlichere, elektronische Version dieses Artikels steht (in englischer Sprache) über http://www.nato.int zur Verfügung.

Die Nutzung moderner Technologien für multinationale militärische Operationen

Joseph J. Eash erläutert, wie die Bündnispartner während des Kosovokonflikts von der raschen Integration moderner Technologien in militärische Systeme profitieren konnten.



© US-Verteidigungsministerium

Das Predator-Flugzeug: Während des Kosovokonflikts wurde die Überwachung von Gebieten, die für bemannte Flugzeuge zu gefährlich waren, durch Predator-Flugzeuge sichergestellt.

Letztes Jahr erwies die Kosovo-Operation „Allied Force“ den Wert eines multinationalen militärischen Vorgehens. Sie zeigte auch, dass moderne Technologien den Schlüssel zum Erfolg bieten. Viele der Innovationen, die im Kosovo zum ersten Mal eingesetzt wurden, waren Früchte eines Programms des amerikanischen Verteidigungsministeriums, mit dem neue Technologien rasch in militärische Systeme integriert werden sollen. Bisher hat die Beteiligung der Bündnispartner diesen Prozess begünstigt. Eine Ausweitung der Zusammenarbeit könnte zu den verbesserten Fähigkeiten führen, welche die NATO für künftige multinationale Operationen anstrebt.

Im Kosovo erwies sich der Wert multinationaler Operationen. Ohne die Solidarität der Bündnispartner hätte sich das Regime in Belgrad nicht zur Annahme der NATO-Forderungen gezwungen gesehen. Diese Solidarität signalisierte politische Entschlossenheit und moralische Stärke in weitaus höherem Maße, als es bei einem einzelstaatlichen Vorgehen möglich gewesen wäre. Zudem wäre die Operation „Allied Force“ nicht ohne die Mitwirkung des gesamten Bündnisses möglich gewesen, da sie im Hinblick auf Streitkräfte, Stützpunkte, Infrastruktur und Transitrechte von den Beiträgen der NATO-Partner abhängig war.

Joseph J. Eash ist im amerikanischen Verteidigungsministerium als stellvertretender Staatssekretär für moderne Einsatzpläne und Systeme zuständig.

„Allied Force“ war zudem von militärischer Bedeutung. Die Operation war nämlich der bisher größte Kampfeinsatz der NATO, ließ eine beträchtliche militärische Stärke erkennen und umfasste die präzisesten Luftoperationen der Geschichte mit einem Minimum an Nebenschäden. Moderne Technologien spielten für diese militärische Glanzleistung eine entscheidende Rolle. Im Rahmen von „Allied Force“ wurden neue Systeme und Fähigkeiten zum ersten Mal genutzt und in neue Prozesse der Gefechtsführung integriert. Das Ergebnis waren multinationale Truppen, die rasch und präzise operierten sowie gegnerische Streitkräfte schnell aufspüren und angreifen konnten, während sie gleichzeitig eigene und zivile Verluste auf ein Minimum begrenzten.

Einige der im Kosovo erstmals eingesetzten Innovationen gehen auf eine Initiative des amerikanischen Verteidigungsministeriums zurück (Advanced Concept Technology Demonstration Program). In den letzten fünf Jahren wurden mit Hilfe dieses Demonstrationsprogramms neue Technologien für militärische Zwecke genutzt. In seinem Rahmen bauen Wissenschaftler und Militärs gemeinsam neue Technologien in Einsatzpläne ein, um schnell herauszufinden, was funktioniert und was nicht. Das Programm trägt zu einer Revolution im militärischen Sektor bei und verringert den zeitlichen und finanziellen Aufwand sowie die Risiken der Wehrbeschaffung.

Seit der Einleitung dieses Demonstrationsprogramms sind mehr als 68 Projekte initiiert worden, von denen mehr als ein Drittel von der Beteiligung der Bündnispartner profitieren konnten. Manche Projekte führten zu einer technologi-

schen Neuerung für einen bestimmten Einsatzort. Andere ermöglichten eine schnellere Beschaffung von Systemen als früher. Und in wieder anderen Fällen erwies es sich, dass Systeme nicht funktionierten, wodurch weitere Ausgaben vermieden wurden.

Die Projekte des Demonstrationsprogramms konzentrierten sich auch schon vor der Kosovokrise auf die multinationale Gefechtsführung. Ein 1998 eingeleitetes Projekt ermöglicht z.B. gemeinsame Operationen der amerikanischen Führungssysteme einerseits und der Systeme Deutschlands, Frankreichs, Kanadas, Italiens und des Vereinigten Königreichs andererseits. In seinem Rahmen werden unter Verwendung amerikanischer Standarddaten Methoden zum direkten Informationsaustausch zwischen nationalen Datenbanken entwickelt und verfeinert. In Korea soll ein weiteres Projekt die Fähigkeit multinationaler Land-, Luft- und Seestreitkräfte zur Synchronisierung von Angriffen auf gegnerisches Hinterland verbessern.

Die Operationen im Kosovo führten zu einer großen Nachfrage nach zahlreichen Technologien, die im Rahmen des amerikanischen Programms entwickelt wurden. Etwa 20% der Programmprodukte wurden zur Unterstützung der Operation „Allied Force“ eingesetzt bzw. für einen Einsatz vorbereitet. Die Art und Weise des Einsatzes einiger dieser Produkte lässt bereits gewisse Züge künftiger gemeinsamer Operationen erkennen und ist ein Beweis für die Effizienz des Programms.

© US-Verteidigungsministerium

Technologischer Aufbruch: Das Demonstrationsprogramm für moderne militärische Technologien verringert die Risiken sowie den zeitlichen und finanziellen Aufwand im Zusammenhang mit wehrtechnischen Innovationen.

© US-Verteidigungsministerium

Im Kosovo kam es entscheidend auf Schnelligkeit an. Um der Terrorkampagne der jugoslawischen Streitkräfte, der serbischen Polizei und der paramilitärischen Verbände ein Ende zu setzen, musste das Bündnis die militärischen Einrichtungen des Belgrader Regimes schneller aufspüren und angreifen, als die Belgrader Truppen handeln konnten.

Mehrere Ergebnisse des amerikanischen Demonstrationsprogramms wurden zum Aufspüren feindlicher Streitkräfte verwendet. Dazu zählte insbesondere das unbemannte Luftfahrzeug Predator. Es wird aus einer Entfernung von Hunderten von Kilometern ferngesteuert, hat Videokameras und andere Sensorsysteme an Bord und kann bis zu 40 Stunden ohne Unterbrechung fliegen. Im Kosovo flogen diese Luftfahrzeuge häufig über Gebiete, die für bemannte Flugzeuge zu gefährlich gewesen wären. Sie gewährleisteten bei Operationen in offenem Gelände eine fast kontinuierliche Überwachung feindlicher Streitkräfte und wurden auch zur Beobachtung von Flüchtlingen sowie zur Beurteilung von Gefechtsschäden eingesetzt.

Das Predator-System, an dem mehrere Staaten beteiligt waren, konnte bereits nach einer Entwicklungszeit von nur 30 Monaten eingesetzt werden. Auf diese Weise sparte man zwei Jahre Erprobungszeit und somit schätzungsweise mehr als $ 10 Mill. ein, ohne dass die Zuverlässigkeit des Systems beeinträchtigt worden wäre.

Die umfassenden Überwachungsoperationen der NATO zwangen die serbischen Streitkräfte während des Kosovokrieges in zunehmendem Maße, sich zu verstecken und sich weitgehend auf Tarnungsmethoden zu stützen. Dadurch konnten die NATO-Flugzeuge sie zwar nicht so leicht aufspüren, aber sie konnten auch nicht offensiv eingesetzt werden. Darüber hinaus wird eine solche Taktik im Zuge der stetigen Verbesserung der Sensortechnologie wahrscheinlich auch immer häufiger von anderen potentiellen Feinden angewendet werden.

Die Vereinigten Staaten setzten zudem Technologien ein, die im Rahmen des Projekts „Common Spectral Measurement and Signals Intelligence Exploitation Capability“ entwickelt worden waren. Dieses Projekt betraf Technologien, mit denen man getarnte Fahrzeuge entdecken kann, aber die Systeme lassen sich auch bei Such- und Rettungseinsätzen, für die Geländebeschreibung sowie zum Aufspüren chemischer und biologischer Waffen nutzen. Dies wird durch einen Computer erreicht, der Informationen mehrerer spektraler Sensoren auswertet.

Ein anderes Ergebnis des Demonstrationsprogramms machten sich die NATO-Streitkräfte zunutze, um gegnerische Truppen aufzuspüren und zu identifizieren. Dieses System („Precision Targeting Identification“) wurde verwendet, um Ziele aus größerer Entfernung als bei früheren Aufspürungs- und Überwachungssystemen zu erfassen. Seine Infrarotsensoren erfassen die Ziele, und ein Lichtradar (Lidar) identifiziert sie. Dieses System wurde zur Zielerfassung in dicht besiedelten Gebieten (z.B. Küstenregionen) konzipiert und ist früher im Kampf gegen den Drogenhandel zur Ortung von Schiffen eingesetzt worden, mit denen Kokain geschmuggelt wurde.

Sobald die Ziele erfasst waren, mussten die einschlägigen Informationen rasch an die Eingreiftruppen des Bündnisses weitergeleitet werden. Eine der praktischsten Methoden dazu war die Verwendung eines Breitbandsystems, das im Rahmen des Demonstrationsprogramms entwickelt worden war. Während des gesamten Kosovokrieges übermittelte dieses System das wichtigste Bildmaterial über neu erfasste Ziele. Dieses Kommunikationssystem, an dessen Entwicklung ebenfalls mehrere Staaten beteiligt waren, bedeutete eine erhebliche Verkürzung der Zeitspanne zwischen der Erfassung eines Zieles und dem Angriff darauf.

Schnelligkeit allein war jedoch nicht genug, denn die NATO musste die Zahl der zivilen Opfer auf ein Minimum begrenzen. Dies bedeutete nicht nur, dass erhebliche Mengen präzisionsgelenkter Waffen eingesetzt wurden, sondern auch, dass man ihre Auswirkungen im voraus genau berechnen musste. Die NATO-Streitkräfte untersuchten jedes Ziel, bestimmten den gewünschten Schaden und wählten dann die Waffe(n), die dazu geeignet war(en). Dies geschah mittels eines automatischen Planungssystems, das die Auswirkungen mehrerer Waffen auf ein gegebenes Ziel analysiert. Dieses System war das

Ergebnis eines im Rahmen des Demonstrationsprogramms eingeleiteten Projekts zur Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Es ist inzwischen bei den zehn regionalen Zentren der NATO installiert worden.

In dem Maße, wie die Schlagkraft der NATO-Angriffe zunahm, wurde das militärische Material der jugoslawischen Streitkräfte immer häufiger in Gewölben, Tunneln und verbunkerten Einrichtungen versteckt. Unter derartigen Umständen musste man mit eindringfähigen Waffen angreifen. Schon im Vorgriff auf solche Fälle wurde von den Befehlshabern vor Ort das System „Advanced Unitary Penetrator" angefordert, das ebenfalls im Rahmen des Nichtverbreitungsprojekts entwickelt worden ist. Es hat eine doppelt so hohe Eindringfähigkeit wie frühere Waffen für Ziele dieser Art und kann die Schichten und Hohlräume in einer Struktur zählen, die zurückgelegten Entfernungen berechnen sowie in einer im voraus festzulegenden Tiefe detonieren.

Die Operation „Allied Force" bot auch dadurch gewisse Hinweise auf die Zukunft der Kriegführung, dass sie die technologischen Initiativen aufzeigte, die im Hinblick auf künftige multinationale Operationen einzuleiten sind. Während des Kosovokrieges waren Angriffe auf bewegliche Ziele problematischer als Angriffe auf feste Ziele. Mehrere NATO-Staaten setzten (und setzen auch weiterhin) boden- und luftgestützte Überwachungssysteme ein. Sie müssen jedoch zusammenarbeiten, um bewegliche Ziele effizienter erfassen und angreifen zu können.

Viele der Innovationen, die im Kosovo zum ersten Mal eingesetzt wurden, waren Früchte eines Programms des amerikanischen Verteidigungsministeriums, mit dem neue Technologien rasch in militärische Systeme integriert werden sollen.

Nach dem Beginn der Kosovo-Operationen ist im Rahmen des Demonstrationsprogramms auch das Projekt „Coalition Aerial Reconnaissance and Surveillance" in die Wege geleitet worden, an dem u.a. Deutschland, Frankreich, Italien, Norwegen und das Vereinigte Königreich beteiligt sind. Mit Hilfe dieses Projekts soll die Interoperabilität zwischen den Überwachungssystemen der Bündnispartner verbessert werden; letztendlich wird es dazu beitragen, dass multinationale Streitkräfte bewegliche Ziele schneller erfassen können und ihre Schlagkraft erhöht wird.

Die NATO-Streitkräfte hatten auch Schwierigkeiten bei Angriffen auf feindliche Luftverteidigungssysteme. Diese Systeme schalteten häufig ihr Radar aus, so dass die zur Radarbekämpfung eingesetzten Flugkörper der NATO ihr Ziel nicht erfassen konnten. Die Bündnisstreitkräfte unterdrückten zwar die feindliche Luftverteidigung, konnten sie jedoch nicht ganz ausschalten, und dies war Anlass zu berechtigter Sorge. Bei einer ersten Untersuchung (Grundlage waren Berichte von Piloten und andere Quellen) wurden fast 700 Raketenstarts von einer Vielzahl feindlicher Luftverteidigungssysteme gezählt.

Um dieses Problem zu lösen, hat man im Rahmen des Demonstrationsprogramms das Projekt „Quick Bolt" eingeleitet. Mit diesem Projekt sollen mehrere andere Lenkungstechnologien in die zur Radarbekämpfung bestimmten Flugkörper integriert werden, so dass diese Raketen auch dann noch auf Luftverteidigungssysteme ausgerichtet bleiben, wenn diese ihr Radar ausgeschaltet haben.

Im Kosovo wurde klar, dass Einsatzkonzepten mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Technologien sind zwar wichtig, aber sie sind nicht der einzige Weg, der zum Erfolg führt. In vielen Fällen ist die Entwicklung solcher Konzepte schwieriger als die Entwicklung der nötigen Technologien. In den Vereinigten Staaten kommt dieser neue Schwerpunktbereich in der Studie „Joint Vision 2020" des Generalstabs zum Ausdruck; er baut auf den für künftige Operationen festgelegten Einsatzkonzepten auf und bezieht in diese Konzepte multinationale Operationen ein.

Aus den Kosovo-Operationen lässt sich die wichtige Lehre ziehen, dass wir alle der Revolution im militärischen Sektor Rechnung tragen müssen. Streitkräfte, die für den Kalten Krieg bestimmt waren, veralten nun rasch. Darüber hinaus werden wir wahrscheinlich mit noch größeren Gefahren als im Kosovo konfrontiert werden. Potentielle Gegner können nämlich moderne Technologien wie satellitengestützte Kommunikations-, Navigations- und Überwachungssysteme, preiswerte biologische und chemische Waffen sowie Marschflugkörper und ballistische Flugkörper erwerben.

Die NATO verfolgt derzeit die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit, mit der Verbesserungen in den Bereichen Mobilität, Durchhaltefähigkeit, effektive Einsatzfähigkeit, Führungs- und Kommunikationssysteme sowie Überlebensfähigkeit erreicht werden sollen. Wie der amerikanische Verteidigungsminister William S. Cohen dargelegt hat, lassen sich zahlreiche Verbesserungen dieser Fähigkeiten durch internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der militärischen FuE und der Wehrbeschaffung erzielen. Das Demonstrationsprogramm bietet eine derartige Kooperationsmöglichkeit. Eine stärkere Beteiligung der Bündnispartner an diesem Programm könnte sich sehr positiv auf künftige multinationale Operationen und auf die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit auswirken. Die Vereinigten Staaten müssten dann nicht die gesamten Kosten technologischer Initiativen allein tragen, und die Bündnispartner könnten schnell erkennen, welche Systeme für multinationale Operationen geeignet sind und welche nicht; auf diese Weise könnten ihre Erfordernisse zu Beginn des Entwicklungsprozesses berücksichtigt werden, und man müsste nicht erst später kostspieligere Änderungen vornehmen. Letztlich kann die Zusammenarbeit gemeinsame Fähigkeiten und damit die Interoperabilität fördern.

Die Operation „Allied Force" war ein Erfolg, weil sich das Bündnis politisch einig war. Die Operation war auch lehrreich, da wir viel über multinationale Kriegführung und die damit verbundenen künftigen Erfordernisse gelernt haben. Die wichtigste Lehre besteht vielleicht darin, dass das Bündnis auf eine Verbesserung seiner Fähigkeiten im Bereich multinationaler militärischer Operationen hinarbeiten muss und sich dies am besten durch Zusammenarbeit erreichen lässt. Gemeinsam können wir das einheitliche militärische Vorgehen gewährleisten, das für den Erfolg künftiger multinationaler Operationen von entscheidender Bedeutung sein wird. ■

KOSOVO – ONE YEAR ON – Achievement and Challenge
Bericht des NATO-Generalsekretärs Lord Robertson.

The NATO Handbook – 50th Anniversary edition
Umfassende Darstellung der Ziele und Aktivitäten der NATO sowie ihrer derzeitigen Strategien und Strukturen; eine Chronologie der letzten 50 Jahre der Bündnisgeschichte und eine Sammlung wichtiger politischer Dokumente und Vertragstexte.

Economics Colloquium 1999
Bericht über das im November 1999 veranstaltete Kolloquium zum Thema „Wirtschaftliche Entwicklungen und Reformen in den Partnerstaaten“.

The Reader's Guide to the Washington Summit
Sammlung aller offiziellen Texte und Erklärungen des Washingtoner NATO-Gipfels vom April 1999 einschließlich Hintergrundinformationen zu NATO-Programmen und -Aktivitäten.

Extending Security: The Role of NATO and its Partner Countries
Umfassende illustrierte Darstellung der Arbeitsweise der NATO und der politischen Entwicklung in zentralen Tätigkeitsbereichen des Bündnisses.

NATO at 50
Faltblatt mit einem Abriss der Geschichte des Bündnisses und einer Zusammenfassung der wichtigsten Themen auf der derzeitigen Tagesordnung der NATO.

NATO Topics
Anschauliche Darstellung des Bündnisses mit einer Beschreibung der Meilensteine in der Geschichte der NATO und der wichtigsten Themen auf ihrer derzeitigen Tagesordnung.
(nur elektronisch: www.nato.int/docu/topics/2000/home)

NATO Update
Wöchentliches Informationsblatt mit einer kurzen Darstellung von NATO-Aktivitäten und -Ereignissen und einem allgemeinen Überblick über bündnisweite Initiativen.
(nur elektronisch: www.nato.int/docu/update/index)

ALLE VERÖFFENTLICHUNGEN SIND IN ENGLISCHER UND FRANZÖSISCHER SPRACHE ERHÄLTLICH; VIELE LIEGEN AUCH IN ANDEREN SPRACHEN VOR.

Anfragen und Bestellungen sind zu richten an:

Office of Information and Press – Distribution Unit
Bld Leopold III – B-1110 Brüssel
Tel.: 00-32-2 707 5009
Fax: 00-32-2 707 1252
E-mail: distribution@hq.nato.int

Elektronische Versionen dieser Veröffentlichungen sind erhältlich über http://www.nato.int.

Dort werden auch offizielle Erklärungen, Presseverlautbarungen und Reden sowie sonstige Informationen über Struktur, Politik und Arbeit des Bündnisses veröffentlicht; zudem besteht Zugang zu mehreren Online-Servern.

NATO BRIEF **Y 9001 F**

Vertriebsadresse: Deutsche Vertriebsgesellschaft
Vertriebsadresse: für Publikationen und Filme mbH
Vertriebsadresse: Birkenmaarstr. 8, 53340 Meckenheim
Vertriebsadresse: Postfach 1149, 53333 Meckenheim

nordatlantikvertragsorganisation

belgien
dänemark
deutschland
frankreich
griechenland
grossbritannien
island
italien
kanada
luxemburg
niederlande
norwegen
polen
portugal
spanien
türkei
tschechische republik
ungarn
usa